

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Debatte

Heft 20

Herausgeber der Reihe „Debatte“: Der Präsident der  
Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften  
Redaktion: Andreas Schmidt unter Mitarbeit von Kathrin Künzel  
Satz: Kathrin Künzel  
Umschlagentwurf: Carolyn Steinbeck · Gestaltung  
Druck: USE – Union Sozialer Einrichtungen gGmbH, Berlin

© Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin 2019  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des  
Herausgebers gestattet.  
ISBN: 978-3-939818-86-1

# VERÄNDERUNGEN DER KOMMUNIKATION IN DER GESELLSCHAFT UND POLITISCHE KONSEQUENZEN

Streitgespräch in der Wissenschaftlichen Sitzung der Versammlung  
der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 29. Juni 2018  
und thematisch ergänzende Vorträge vom 30. November 2018

Vorbereitung und Moderation: Michael Zürn



# Inhalt

## WISSENSCHAFTLICHE SITZUNG DER VERSAMMLUNG DER AKADEMIEMITGLIEDER AM 29. JUNI 2018

<i>Michael Zürn</i>	
Einführung . . . . .	7
<i>Barbara Pfetsch</i>	
Politische Kommunikation neu denken? . . . . .	10
<i>Wolfgang Merkel</i>	
Lässt sich Demokratie digital neu erfinden? . . . . .	14
<i>Lisa Herzog</i>	
Digitale Wahrheit(en) . . . . .	21
Diskussion . . . . .	25

## THEMATISCH ERGÄNZENDE VORTRÄGE VOM 30. NOVEMBER 2018

<i>Jeanette Hofmann</i>	
Digitalisierung, Öffentlichkeit, Demokratie – drei Thesen. . . . .	44
<i>Ulrike Klinger</i>	
Wahlkämpfe und Algorithmen. . . . .	52
Die Autorinnen und Autoren . . . . .	57



Michael Zürn

## Einführung

Das Thema unserer Wissenschaftlichen Sitzung lautet „Veränderungen der Kommunikation in der Gesellschaft und politische Konsequenzen“. Es geht um die Frage, ob und inwieweit die fortschreitende Digitalisierung unsere politischen Systeme und Prozesse verändert oder gar revolutioniert.

Warum behandeln wir das Thema erst heute? Wir sind schließlich schon lange auf dem Weg der Digitalisierung. Als ich 1983, vor nunmehr 35 Jahren, als Austauschstudent in den USA war, bekam ich zum ersten Mal einen PC zu sehen. Ich war hellauf begeistert und völlig fasziniert von diesen Geräten. Als ich an den Lehrstuhl zurückkam, an dem ich als wissenschaftliche Hilfskraft fungierte, habe ich versucht, alle davon zu überzeugen, sofort Computer anzuschaffen. Doch das dauerte dann noch ein paar Jahre. Zehn Jahre später, 1993, ich war gerade wieder in den USA, schaute ich mir zum ersten Mal mit Kollegen die erste Version des World Wide Webs an. Wir ärgerten uns schrecklich darüber, wie langsam es war und zweifelten an dessen Zukunftsfähigkeit (so sehr kann man daneben liegen). Wiederum zehn Jahre später wurde Facebook gegründet, weitere drei Jahre später Twitter, und 2007 kam das erste iPhone auf den Markt.

Zum ersten Mal sichtbar politisch relevant wurde die Digitalisierung der Kommunikation bei der Wahl von Barack Obama. Es wurde damals überall darauf hingewiesen, mit welchem Geschick seine Unterstützer insbesondere Facebook eingesetzt hatten. Das war im Jahre 2008. Damals ging noch ein hohes Maß an Optimismus mit der Digitalisierung einher, man dachte, dass sich dadurch die Demokratie kommunikativ viel dichter und besser gestalten ließe. Im Jahre 2016 kamen die Stichworte Fake News, Post-Truth, Echokammern, Entmachtung der Qualitätsmedien, „permanente Selbstverstärkung rechtspopulistischer Themen“ auf und spätestens damit ist der anfängliche Optimismus einem Skeptizismus gewichen. In dieser Situation befinden wir uns jetzt. Deswegen müssen wir uns dringend mit dem Einfluss der Digitalisierung auf das politische System beschäftigen. Was genau soll unter Digitalisierung verstanden werden? Was verursacht die Sorgen? Bei der Digitalisie-

rung geht es zunächst um das Umwandeln von analogen Werten in digitale Formate. Damit verbinden sich drei entscheidende Merkmale: Erstens lässt sich alles unendlich häufig vervielfältigen. Zweitens tendieren die Kosten für die Speicherung und die Durchsuchung dieser Daten gegen null. Und drittens lassen sie sich algorithmisch verarbeiten. Aus diesen drei Grundmerkmalen der digitalen Formate ergibt sich ihr zentrales Merkmal: „Alles geht schneller, besser, billiger und in größerem Umfang“. Darüber hinaus ergeben sich auch ganz neuartige Formen der sozialen Interaktion, die gar nichts mit dem Schneller, Höher, Weiter zu tun haben, sondern wirklich neuartig sind. Dazu dürfte etwa Facebook gehören.

Was können diese Grundmerkmale der Digitalisierung potenziell in der Politik bewirken? Welche Veränderungen von politischen Systemen könnten sich daraus ergeben? Ich möchte vier Themenbereiche identifizieren, die wir dieses Mal diskutieren und bei unserer nächsten Wissenschaftlichen Sitzung mit Vorträgen ergänzen und vertiefen wollen.

Erstens: Die Fragmentierung eines Konzepts, das in der politischen Theorie und der Politikwissenschaft immer als einheitlich gedacht worden ist. Das Konzept heißt Öffentlichkeit. Die Fragmentierung dieser Öffentlichkeit ist ein Prozess, der Polarisierung in der Gesellschaft ermöglicht, wahrscheinlicher macht und gesellschaftsübergreifende Verständigungsprozesse zumindest erschwert. Aber ohne Öffentlichkeit kann es keine Demokratie geben.

Zweitens: Die Auflösung der Privatsphäre durch den gläsernen Bürger. Man denke nur an die Nutzung digitaler Profile, wie sie sich zurzeit in China entwickeln. China ist lange Zeit als ein autoritärer Staat verstanden worden, der erhebliche Prozesse der Liberalisierung durchschritten hat. Inzwischen stellt sich die Frage: Ist dieser Staat auf dem Weg zu einem neuen, digital gestützten Totalitarismus? Jedenfalls kann es ohne Privatsphäre keine Demokratie geben.

Drittens: Die Schaffung von monopolartigen Großunternehmen. Diese hat es immer gegeben. Im digitalen Zeitalter beruht die dominante Stellung auf dem Markt zu einem nicht unerheblichen Maße auf Netzwerkeffekten. Das ist anders als im industriellen Zeitalter. Als Ford oder General Motors ihre Qualitätsvorrangstellung verloren, ist auch ihre dominante Stellung auf dem Markt zurückgegangen. Im digitalen Zeitalter geht das nicht so schnell. Ohne Zweifel konnte Windows zumindest eine Zeit lang qualitativ nicht mit iOS mithalten. Nichtsdestotrotz blieb Windows ein Quasi-Monopol. Sind solche Unternehmen überhaupt noch politisch kontrollierbar? Google und Amazon



befinden sich in einer ähnlichen Stellung, allerdings mit Blick auf gesellschaftlich noch viel bedeutendere Angebote. Ohne die staatliche und öffentliche Kontrolle von solchen Unternehmen können wir nicht von Demokratie sprechen.

Viertens: Die künstliche Intelligenz sorgt dafür, dass das Konzept der individuellen Verantwortlichkeit und damit auch die Möglichkeit von Moral und Ethik infrage gestellt werden. Aber ohne Ethik und ohne individuelle Verantwortlichkeit lässt sich Demokratie kaum denken.

Diese vier Bereiche werden zu der Thematik „Digitale Kommunikation und Veränderung des politischen Systems“ aktuell diskutiert. Wir wollen sie aufgreifen und aus der interdisziplinären Perspektive der Wissenschaften, die sich vorrangig mit Demokratie beschäftigen, betrachten.

Für die Diskussion haben wir drei herausragende Persönlichkeiten: Lisa Herzog ist Inhaberin der Professur für Politische Philosophie und Theorie an der Technischen Universität München. Sie arbeitet an der Schnittstelle von politischer Philosophie und Ökonomie. Lisa Herzog ist derzeit Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin und war davor im Rahmen des Exzellenzclusters „Normative Orders“ in Frankfurt tätig. Wolfgang Merkel ist Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum in Berlin sowie Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Demokratieforscher ist Ordentliches Mitglied der Akademie. Barbara Pfetsch lehrt an der Freien Universität Berlin, war zuvor an der Universität Hohenheim und auch am Wissenschaftszentrum in Berlin. Die Forschungsschwerpunkte von Barbara Pfetsch liegen im Bereich der politischen Kommunikation und der international vergleichenden Kommunikationsforschung. Wir haben damit auf unser Thema die disziplinären Zugriffe über die politische Philosophie, die Demokratieforschung und die Kommunikationsforschung. Ich freue mich auf eine spannende und gute Diskussion und übergebe das Wort an Barbara Pfetsch. Dankeschön.

Barbara Pfetsch

## Politische Kommunikation neu denken?

Herzlichen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier sprechen zu dürfen. Mein Thema heute heißt „Politische Kommunikation neu denken“. Ich habe dazu mit Lance Bennett gerade einen Aufsatz im *Journal of Communication* (68 [2], 243–253) publiziert, in dem wir unserer Disziplin, der politischen Kommunikationsforschung, ins Gewissen reden. Wir mahnen an, dass wir die Theorien öffentlicher Kommunikation und die Empirie der Forschung angesichts des tiefgreifenden Wandels von Öffentlichkeit erneut reflektieren müssen. Was ich nun kurz umreißen möchte, sind die Dimension des Öffentlichkeitswandels und seine politischen Konsequenzen – soweit wir diese bisher absehen können.

Ich habe einige Thesen zusammengestellt, und ich möchte zunächst mit einer These zur historischen Einordnung des Öffentlichkeitswandels als „Fourth Age of Political Communication“ beginnen. Danach möchte ich über die Dimensionen des Öffentlichkeitswandels sprechen und dabei die Ernsthaftigkeit der Phänomene unterstreichen. Schließlich möchte ich kurz darstellen, wie sich die sozialwissenschaftliche Forschung dem Öffentlichkeitswandel stellen sollte.

*Ages of Political Communication*: Die politische Kommunikation, also die Kommunikationsbedingungen von Politik, haben sich seit der Nachkriegszeit dramatisch verändert. Jay Blumler von der Universität Leeds hat dazu eine Typologie entwickelt, bei der er vier Phasen also *Four Ages of Political Communication* unterscheidet. In der ersten Phase war die Kommunikation sehr stark an den Bedürfnissen der politischen Institutionen orientiert. Diese Phase hält etwa bis Ende der 1960er Jahre an und endet abrupt mit einem Wechsel, der auch in den amerikanischen Medien und dem amerikanischen Journalismus durch den Vietnamkrieg vollzogen wurde. In den 1970er Jahren gibt es eine Zäsur, nach der auch in Deutschland die Phase des Fernsehens als dominantem Medium der politischen Kommunikation beginnt. Das ist auch die Phase, in der die Arbeiten von Elisabeth Noelle-Neumann sehr prominent wurden. In der Kommunikationswissenschaft hatte man angefangen, die

Professionalisierung der politischen Kommunikation und insbesondere die der Wahlkämpfe in Bezug auf das Fernsehen zu erforschen. In den 2000ern beginnt dann die dritte Phase, die durch das Web 1.0, also Einführung des Internets, gekennzeichnet ist. Ein radikaler Wandel ist insofern zu konstatieren, als dass die Kanäle der Kommunikation, die Zahl der Botschaften und die Sprecher in der Öffentlichkeit exponentiell steigen. Jay Blumler bezeichnet diese Phase als Viel-Kanal-Öffentlichkeit, welche durch eine enorme Pluralisierung der Kommunikation aber auch durch eine Kommerzialisierung charakterisiert ist. Die gegenwärtige Entwicklungsphase der politischen Kommunikation wird durch das Web 2.0 dominiert und mit dem Begriff „Communication Abundance“ bezeichnet. Das Web 2.0 hat noch einmal einen radikalen Strukturwandel von Öffentlichkeit eingeleitet und dieser Strukturwandel geht einher mit drastischen Einbußen von Legitimität der herkömmlichen Massenmedien, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dies ist ein europaweites Phänomen. Ebenso hat ein grundlegender Verlust der Sortierungsfunktion von Öffentlichkeit durch die klassischen Massenmedien stattgefunden.

Wir befinden uns jetzt in der vierten Phase der politischen Kommunikation, die gekennzeichnet ist durch digitale Medien, die dissonante Öffentlichkeiten produzieren. Das lässt sich an vier Strukturmerkmalen dieser Öffentlichkeiten festmachen: erstens, einer radikalen Veränderung von Sprechern. Inzwischen kann jeder alles in jedem Medium und auf jeder Plattform veröffentlichen. Den radikalen Wandel von öffentlichen Sprechern konnte man zum Beispiel bei den Terroranschlägen in Paris im November 2015 erleben. Innerhalb der ersten beiden Stunden haben nicht nur klassische Medien und Journalisten öffentlich gesprochen, Opfer haben die Terroranschläge gefilmt und sofort die Videos hochgeladen. Es gab Bekennerposts und Hate Speeches von Islamisten in Echtzeit. Und auch die Sicherheitskräfte und die Polizei haben sich live zu Wort gemeldet. So unter Zeitdruck geraten, haben die klassischen Massenmedien über die Anschläge berichtet und Informationen verbreitet, die in keiner Weise recherchiert oder durch Quellen belegt waren. Während des Terroranschlages war also eine öffentliche Kommunikationssituation entstanden, die von Folgendem gekennzeichnet war: neue Sprecher und gleichzeitig der Verlust der bisher autoritativen Kommunikatoren in den Öffentlichkeiten, neue Kommunikationsmodi und Töne, Befindlichkeitskommunikation in Echtzeit, ungeprüfte Informationen, Täter und Opfer melden sich gleichzeitig und ungefiltert zu Wort.

Ein zweites Merkmal von digitalen Öffentlichkeiten sind die Kommunikationsmodi, die auf Richtigkeit, Nachprüfbarkeit und Wahrheitsansprüche verzichten. Die beiden berühmtesten Fälle von Fake News sind Hillary Clinton, von der behauptet wurde, sie habe aus einer Pizzeria heraus internationale Wafengeschäfte initiiert und Richard Gutjahr, der Journalist des Bayerischen Rundfunks, der durch Zufall bei verschiedenen Terrorschlägen zugegen war. Er wurde in den Mittelpunkt einer Verschwörung gerückt und mit dem norwegischen Anders Behring Breivik, der die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya verübt hat, in Verbindung gebracht. Um solche Fake News entstehen durch die sozialen Medien leicht sog. Echokammern, die nur noch um einseitige Verschwörungstheorien kreisen.

Ein drittes Merkmal von Öffentlichkeiten infolge der Digitalisierung und Web 2.0 sind grundlegend neue Strukturen von öffentlicher Kommunikation. Andrew Chadwick spricht von einem hybriden Mediensystem, das gekennzeichnet ist durch die gleichzeitige Interaktion von alten traditionellen Medien, neuen Online-Medien, Bloggingdiensten und Plattformen, sozialen Netzwerken und Anbietern von kommerziellen Suchmaschinen und Webseiten. Das Neue in diesem hybriden Mediensystem ist die enorme Dynamik von Themenkarrieren, gleichzeitigen Botschaften und unkoordinierten Bezügen, bei denen die Themen zwischen klassischen Massenmedien und neuen Medien sich gegenseitig aufeinander beziehen und zitieren. Die klassische Funktion von Massenmedien, Informationen auszuwählen und zu sortieren, öffentliche Diskurse zu moderieren und Konflikte einzuhegen, ist in diesem hybriden Mediensystem von nachrangiger Bedeutung.

Ein vierter Aspekt dieses Öffentlichkeitswandels im vierten Stadium der politischen Kommunikation ist, dass die Öffentlichkeit nicht mehr der Öffentlichkeit gehört, sondern ein kommerzialisiertes Gut geworden ist. In diesem Licht ist auch der Fall von Cambridge Analytica zu beurteilen. Zum Zwecke der Politikberatung wurden Facebook-Daten abgegriffen und verkauft, so dass öffentliche Kommunikation und öffentliche Publika letztendlich eine Commodity, eine Ware, geworden sind.

Von diesen Merkmalen ist der tiefgreifende Strukturwandel der Öffentlichkeit geprägt. Und vor diesem Hintergrund müssen wir politische Kommunikationsprozesse neu denken. Denn die (diskursiven) Öffentlichkeitsmodelle, auf die wir bislang zur Beschreibung von öffentlicher Kommunikation zurückgegriffen haben, erfassen die gesellschaftliche Realität öffentlicher Kommunikation kaum mehr. Und gleichwohl stützt sich der Mainstream der politikwissen-

schaftlichen Kommunikationsforschung, so zeigt eine Zitationsanalyse der Öffentlichkeitsliteratur, nach wie vor auf normative Kommunikationsmodelle deliberativer Öffentlichkeit. Ich argumentiere indessen, dass die Realität des Öffentlichkeitswandels den deliberativen Öffentlichkeitstheorien davongelaufen ist. In unserem Aufsatz argumentieren Lance Bennett und ich für alternative Sichtweisen auf Öffentlichkeit und politische Kommunikation und auf agonistische Modelle und konstruktivistische Modelle zur Beschreibung von Gegenwartsöffentlichkeiten. Diese Modelle haben allerdings das Problem, dass sie die neuen Kommunikationsinfrastrukturen und die eben skizzierten Veränderungen noch nicht systematisch aufgenommen haben. Deshalb ist aus unserer Sicht eine Neuorientierung nötig. Wir müssen Modelle von agonistischer Demokratie zusammendenken mit hybriden Mediensystemen und der Dynamik von Netzwerköffentlichkeiten, um zu Beschreibungs- und Erklärungsmustern von insgesamt dissonanten Öffentlichkeiten zu kommen. Angesichts des radikalen Öffentlichkeitswandels ist das eine zentrale Aufgabe der Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften.

Außerdem müssen wir die politischen Kontexte stärker berücksichtigen. Politische Kommunikation ist immer rückgebunden an die politischen Kontexte, und politische Kulturen in vielen westlichen Gesellschaften sind derzeit unter enormen Stress. Die Ansätze in der Kommunikationswissenschaft sind mit diesen politischen Kontexten zu denken. Das wird aber das Thema von Wolfgang Merkel sein, der aus der Sicht der Demokratieforschung sprechen wird. Danke sehr.

## Lässt sich die Demokratie digital neu erfinden?

Neu erfinden? Was genau denn? Die zentralen Institutionen also Parteien, Parlament, Regierung, Gerichte oder Verfahren wie Wahlen und Begrenzung von Regierungsperioden? Oder gar die sie leitenden Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Herrschaftskontrolle? Wer wollte dies alles neu erfinden und warum? Demokratische Prinzipien, Institutionen und Verfahren sind Jahrhunderte, wenn nicht gar (zweieinhalb) Jahrtausende alt. Sie haben Niederlagen, Niedergang, Brüche und Umbrüche erlebt. Vor allen Dingen aber haben sie überlebt und das in Theorie und Praxis. Die repräsentative Demokratie mag zwar nicht das Ende der Geschichte bedeuten und auch der Wettbewerb der politischen Ordnungssysteme hat sich nicht erledigt. Im Sinne einer langfristigen institutionellen Evolutionstheorie haben die grundsätzlichen Verfahren der Demokratie aber nicht nur überlebt, sondern sie haben sich gewandelt, angepasst, entwickelt und in Maßen auch bewährt. Dies gilt insbesondere für die drei tragenden Grundprinzipien der Demokratie: Freiheit, Gleichheit und Herrschaftskontrolle. Sie markieren den ethisch normativen Kern der Demokratie. Sie sind invariant. Würden sie sich maßgeblich wandeln oder würden sie außer Kraft gesetzt, sollten wir nicht mehr von Demokratie sprechen. Dies geschieht immer wieder im Übergang von Demokratien zu Diktaturen. Kann aber eine Technologie unsere Demokratien substantiell verändern? Und wenn ja, tut sie das zum Guten oder zum Schlechten?

Die Frage muss also anders gestellt werden. Fordert die Digitalisierung die Prinzipien und Institutionen der Demokratie heraus, unterspült sie deren Fundamente oder pervertiert ihre Verfahren? Oder aber, so lässt sich ebenfalls fragen, stärkt sie die demokratischen Institutionen, öffnet sie neue ungekannte Opportunitäten für eine aktivere, direktere und inklusivere Demokratie? Befragt man die Forschung zu diesem Thema, lassen sich dort grosso modo seit Beginn der 1990er Jahre drei unterschiedliche Perioden hinsichtlich möglicher Antworten auf diese Frage erkennen: eine optimistische, eine realistische und schließlich eine pessimistische.

Die optimistische Antwort der ersten Periode imaginierte ein neues Zeitalter einer besseren, digitalen Demokratie als realisierbare Vision. Die Grenzen zwischen Kommunikation, Partizipation, Repräsentation und Dezision würden porös, verflüssigten sich und die Bürger würden sich mehr und effektiver an der Politik beteiligen. Sie könnten sich direkter in politische Entscheidungsprozesse einschalten. Cyber-Libertäre hofften gar, dass genuine Repräsentationsfunktionen durch direktdemokratische Beteiligungs- und Entscheidungsverfahren ersetzt werden könnten. Kommunitäre Internet-Visionäre träumten von einer Partizipationsrevolution von unten. Die Technik habe die Eintrittsschwelle zur politischen Beteiligung gesenkt und diese von ihren räumlichen Beschränkungen befreit.

Noch knapp vor der Jahrtausendwende verblassten diese Utopien und die Konturen einer realistischeren Betrachtungsweise wurden deutlicher. Demokratiegewinne und mögliche Verluste wurden nun gegeneinander abgewogen. Zugleich wurden konkrete politische Instrumente im Netz entwickelt. Diese reichen vom E-Voting über innerparteiliche Beteiligung bei Sach- und Personalentscheidungen, elektronische Watchdogs zu Korruption, dem Entscheidungsverhalten der Parlamentarier, Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Bürgerhaushalten und der frühzeitigen Einbindung der Bürger in Policy-Vorschläge, bisweilen etwas hochtrabend als Crowd Legislation bezeichnet. Eine andere Form entwickelte sich ebenfalls unter der verschönernden Formulierung des E-Governments: Nun können bestimmte Behördengänge gespart, Pässe und KFZ-Zulassungen übers Internet beantragt und Ämter auch elektronisch besucht werden. Dies spart dem Bürger sicherlich bisweilen Zeit und Ärger. Mit Government hat das allerdings wenig zu tun. Es entsteht hier gegenwärtig eine unter Umständen effizientere Form der staatlichen Bürokratie, die diese allerdings gegenüber dem Bürger entpersonalisiert: E-Bureaucracy wäre also der zutreffendere Begriff.

In den letzten Jahren hat sich der Trend in der Beurteilung der politischen Digitalisierung gedreht. Nun überwiegen die skeptischen und warnenden Stimmen vor den Gefahren, die die Digitalisierung mit sich bringt. Sie fokussieren sich vor allem auf das Netz als Plattform der Öffentlichkeit. Nun wurde betont, dass sich die Öffentlichkeit in abgeschottete Teil-Öffentlichkeiten fragmentiert, den berüchtigten Echokammern. Die nur halböffentliche Schattenwelt teilanonymer Meinungsäußerungen ermöglichte das Aufblühen von Hassreden gegen Anders-Denkende und Anders-Seiende. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erhielten eine vorher unbekannte Bühne. Die Hoffnung auf

eine entgrenzte, universell-offene Agorá des Austausches und der Deliberation wurde so in ihr Gegenteil verwandelt.

Exemplarisch, aber doch mit einer gewissen Systematik lässt sich an drei Kernfunktionen bzw. Kernsphären der Demokratie konkreter prüfen, inwieweit die Digitalisierung dort die Demokratie verändert, fördert oder möglicherweise schädigt. Diese sind: Partizipation, Repräsentation und Dezipision.

## **Partizipation**

Die Hoffnung war, durch „niedrigschwellige“ Zutrittsmöglichkeiten im Netz die politische Beteiligung anzuregen, auszudehnen – und zwar gerade auch auf jene unteren Schichten, die aus der politischen Beteiligung ausgestiegen sind. Die Offline-Zweidrittel-Demokratie sollte sich durch das Netz wieder auf möglichst alle Schichten ausdehnen. Denn darum ginge es ja primär. Man kann zwar den politisch aktiven Mittelschichten zusätzliche Beteiligungsplattformen einrichten. Dagegen lässt sich wenig einwenden. Aber die eigentliche Krankheit unserer repräsentativen Demokratie und ihres Gleichheitsprinzips ist der Ausstieg des unteren Drittels unserer Gesellschaft aus der politischen Partizipation und deshalb auch der fairen Repräsentation ihrer Interessen. Die Hoffnung trog bisher. Nehmen wir das E-Voting. Die Wahlbeteiligung stieg dort, wo die elektronische Stimmenabgabe ermöglicht wurde, nicht an. Von der Sozialstruktur her ist die Beteiligung online sozial ebenso selektiv wie offline. Das gilt selbst für das Cyber-Musterland Estland. Die unteren Schichten bleiben weg. Allerdings beteiligen sich etwa in Estland mehr junge Menschen an den Wahlen. Dies ist nicht wenig in Zeiten, in denen gerade die jungen Menschen sich zunehmend weniger an der Politik und Wahlen beteiligen. Es könnte die Befürchtung moderieren, dass die jungen Menschen in den formativen Jahren ihrer Bildung und ihres (politischen) Bewusstseins eine lebensprägende Form des politischen Nihilismus habitualisieren. Allerdings ist noch nicht klar, ob dies ein Generationen- oder Kohorten-Effekt sein wird.

Wie aktiv werden eigentlich politische Inhalte im Netz gepostet? 50 Prozent der Netzkonsumenten benutzen das Internet überhaupt nicht für politische Zwecke. 40 Prozent informieren sich gelegentlich politisch über das Internet; 9 Prozent lesen regelmäßiger politische Posts, aber nur 1 Prozent „posten“ selbst regelmäßig im Internet. Empirische Untersuchungen gehen davon aus,



dass in sozialen Medien wie Facebook nur 3 Prozent der Posts einen politischen Inhalt haben. Diese relativ niedrigen Beteiligungsquoten mindern Umfang und Bedeutung, die den politischen Diskursen im Netz demokratiefördernd zuzuschreiben sind. Wenngleich im Umfang keineswegs größer, aber in der Intensität höher, erscheinen die Hasstiraden im Netz, die dort eine halb abgedunkelte Arena gefunden haben, die es ihren Nutzern erleichtert, ihr „schlechteres Ich“ zu entfalten.

Zunehmend setzen Parteien bei der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung in Sach- und Personalfragen digitale Instrumente ein. Es werden mehr, schneller und kostengünstiger Mitglieder erreicht als in der Offline-Welt. Allerdings scheint es auch hier engere Grenzen zu geben. Zumindes weist der gescheiterte Versuch der Piraten, die innerparteiliche Demokratie zu „verflüssigen“, darauf hin. Die Piraten wollten die innerparteilichen Entscheidungsprozesse über die Software Liquid Democracy demokratisieren. Dort konnte debattiert, deliberiert und entschieden werden. Die Teilnehmer konnten selbst entscheiden oder aber ihre Stimmen auf sog. Delegierte übertragen, nämlich Parteimitglieder, die man für ehrenvoll und kompetent hielt. Ein Delegierter konnte dabei die Stimmen vieler Parteikollegen sammeln. Heraus kamen allerdings intransparente Delegationsketten, die kaum zu durchschauen waren. Insbesondere wurde aber das innerparteiliche Netz auch für innerparteiliche Niedertracht genutzt, dem großen Internet nicht unähnlich. Die Piraten hat diese im globalen Netz nicht unbekannte Nutzung zumindest in Deutschland in die Auflösung geführt.

Das Netz hat bisher noch kaum die soziale Selektivität in der Partizipation, zweifellos eine Krankheit der repräsentativen Offline-Demokratie, therapieren können. Vereinfacht formuliert: Die sozialen Strukturen der Offline-Partizipation werden online, im besten Falle, nur gespiegelt, im schlechteren Fall gar verschärft sich die soziale Selektion durch den sogenannten Digital Divide. Das Internet hat für jüngere netzaffine Menschen die Bequemlichkeitsschwelle zur politischen Teilnahme gesenkt. Bequemlichkeit war aber noch nie ein relevanter Faktor für die politische Beteiligung. Im Gegenteil, man könnte argumentieren, dass politische Partizipation vereinzelt vor dem Computer durchgeführt, das diskursive Prinzip der politischen Deliberation aushöhlt und trivialisiert.

## Repräsentation

Alle nennenswerten politischen Repräsentanten präsentieren sich mittlerweile im Netz. Sie senden – oder veranlassen dies – Video-Botschaften, twittern oder bespielen gar YouTube. Das ist aber nicht der eigentliche Akt der politischen Repräsentation. Zwar werden Profile und Positionen der Politiker digital verbreitet, aber als Ort der Deliberation, Diskussion und der politischen Entscheidungen taugt die asymmetrische Information kaum. Der entscheidende Ort der Repräsentation ist und bleibt das Parlament. Daran hat sich nichts geändert. Es ist auch schwer sich vorzustellen, dass sich dies im Zeitalter der Digitalisierung ändert oder auch nur ändern sollte. E-Parliaments können sich selbst die digitalen Visionäre der ersten Stunde kaum vorstellen. Die Vorstellung liefe eher auf die Bedeutungsreduktion von Parlamenten hinaus, wenn politische Entscheidungen im Stile von Referenden direkt durch den E-Demos getroffen würden. Das wäre durchaus in Einklang mit den Befürwortern der direkten Demokratie, die in Repräsentationsmechanismen die Brechung eines „authentischen Volkswillens“ wittern. Für die Problemangemessenheit, Klugheit oder Fairness solcher Entscheidungen hätte dies unabsehbare, aber vermutlich negative Folgen.

Positiv verändert haben sich Repräsentationsmechanismen in der politischen Zivilgesellschaft. Es gibt eine Reihe von nicht gewählten, aber respektierten zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Amnesty International, Transparency International, Human Rights Watch, Election Watch, die eine breit und tief gestaffelte Phalanx von gesellschaftlichen Watchdogs gegenüber der politischen Gesellschaft und ihren Eliten effektiviert haben. Sie sind gewissermaßen moralische Repräsentationsinstanzen der Gesellschaft. Der australische Demokratietheoretiker John Keane sieht darin sogar das Heraufziehen einer Monitory Democracy, also einer Demokratie zweiter Ordnung, die die erste Demokratie, die repräsentative Demokratie, beobachtet. Ihre Repräsentationskraft ziehen sie nicht aus einer allgemeinen Wahl, sondern sie legitimieren sich aus ihren integren Motiven, ihrem moralischen Ansehen und dem funktionalen Beitrag, den sie zu einer transparenten Funktionsweise der Demokratie leisten. Diese Art der zivilgesellschaftlichen Repräsentation und Supervision kann als ein Demokratiegewinn verbucht werden.

Parteien, ihre Spin-Doctors und Digitalbeauftragten nutzen in Wahlkämpfen – vor allem der USA – die auch mit Hilfe der sozialen Medien gesammelten Wählerdaten für das sogenannte Micro-Targeting. Sie adressieren spezifisch

zugeschnittene Botschaften. Bisweilen kommen diese auch in der Form von Dark Posts, d. h. sie sind dann nur für die Zielgruppe einzusehen. Für das restliche Elektorat bleiben sie abgedunkelt. Dies ist zwar legal, trägt aber dennoch die Züge einer illegitimen Manipulation.

## **Dezision**

Dass der Begriff E-Government eigentlich E-Bureaucracy genannt werden müsste, wurde schon gesagt. Auch dass Twitter nicht nur segensreich die Informationsvielfalt erhöht. Wir erleben gerade bei dem mächtigsten Präsidenten der Welt, wie er über Twitter eine pöbelhafte Version der Carl Schmitt'schen Idee einer plebiszitär-direkten Führerdemokratie am Parlament vorbei zu etablieren sucht. Aber selbst der Präsident eines präsidentiellen Systems, wie jenem der USA, kann seine Entscheidungsposition zwar bei Twitter seinen Followers oder „Enemies“ (Trump) und der Welt verkünden, aber bei den meisten Entscheidungen ist auch er auf die Zustimmung des Parlaments angewiesen. Also erfüllt auch hier das digitale Medium vor allem eine Kommunikations-, weniger eine Repräsentations- und schon gar nicht eine Entscheidungsfunktion.

Bleiben in der Sphäre der Dezision mindestens drei Bereiche: Die Wahlentscheidung der Bürger, die Sachentscheidung bei gesellschaftsweiten Volksentscheiden, die Sach- und Personalentscheidung in den politischen Parteien sowie den großen gesellschaftlichen Verbänden. Dazu wurde oben schon Relevantes gesagt. In Zeiten der Manipulierbarkeit von digital organisierten Wahlen oder der kaum zu erbringenden Garantie der Wahrung des Wahlgeheimnisses gegenüber dem Staat und unbefugten Dritten, wachsen auch hier die Bäume nicht in den Himmel. Am ehesten dürften Parteien und Verbände das Netz für eine Demokratisierung der innerorganisatorischen Demokratie nutzen.

## **Summa**

Die Bilanz ist ernüchternd. Ich schließe nicht völlig aus, dass ein Bias darin steckt, da sie von jemand gezogen wird, der einer fortgeschrittenen Alterskohorte angehört. Es ist aber jemand, der das Netz intensiv für seine wissen-

schaftlichen Aktivitäten nutzt und mit seiner Abteilung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) einen eigenen Demokratie-Blog aufgebaut hat. Eine private politische Beteiligung über das Netz käme jedoch für mich nicht in Betracht.

Die Digitalisierung hat unser Kommunikationsverhalten und unsere berufliche Arbeit stark verändert. In der Politik gewinnen die negativen Effekte die Oberhand. In Diktaturen wird das Netz von den autokratischen Eliten effektiver genutzt als durch ihre Opposition. Der autoritäre Überwachungsstaat hat sein effektivstes Kontrollinstrument gefunden. Die Volksrepublik China malt gerade dies autoritäre Menetekel auf den Schirm. In kapitalistischen Demokratien nutzt der private digitale Kapitalismus die privat gesammelten Daten legal für Geschäfte oder illegal, wie im Fall von Cambridge Analytica für die Manipulation von Wahlen. Die politische Kommunikation hat sich im Zeichen der Digitalisierung verändert. Wenig verändert haben sich durch die Digitalisierung jedoch bisher die Kernverfahren und Kerninstitutionen unserer Demokratien. Das ist, so möchte man legitimationstheoretisch hinzufügen, auch besser so.

Lisa Herzog

## Digitale Wahrheit(en)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Thema lautet „Digitale Wahrheit(en)“. Ich möchte direkt auf den Zusammenhang von Wahrheit und Politik im digitalen Zeitalter zu sprechen kommen.

Es gibt eine naive Vorstellung, von der wir alle wissen, dass sie naiv ist: Irgendwo wird Wahrheit produziert. Es gibt sogenannte Gate Keeper, die unterscheiden, was Wahrheit ist und was nicht, und nur die Wahrheiten werden an die Öffentlichkeit gelassen und sollen unhinterfragt akzeptiert werden.

Das ist natürlich nicht das, was wir heute sehen. Und meine Vorrednerin und mein Vorredner haben darüber schon gesprochen. Nun hat Hannah Arendt darauf hingewiesen, dass Wahrheit, wenn man sie so denkt, auch etwas Diktatorisches hat. Denn gegen das Diktat von Wahrheiten wollte sie an der Bedeutung der Meinungen in all ihrer Pluralität festhalten. Was sie damit nicht sagen wollte, war, dass Wahrheit keine Rolle in der Politik spielen würde. Deutschland ist im Ersten Weltkrieg in Belgien einmarschiert und nicht Belgien in Deutschland. Daran müssen wir festhalten, sagte sie. Aber Politik ist immer mehr als Wahrheit. Und Wahrheiten müssen in der Politik eingebracht und verteidigt werden, sonst bleiben sie machtlos. Das hat Arendt betont, indem sie auf die Formel der Gründerväter der Vereinigten Staaten verwiesen hat: „We hold these truths to be self-evident [...]“

An dem naiven Bild ist natürlich falsch, dass Wahrheiten erst erzeugt würden und danach die politische Auseinandersetzung einsetzen würde, bei der unterschiedliche Interessengruppen oder Wertegemeinschaften innerhalb eines durch etablierte Wahrheiten fest abgesteckten Terrains ihre Kämpfe führen würden. Die Erzeugung der Wahrheiten ist auch immer schon ein Kampfplatz. Und das ist nicht erst seit der Digitalisierung so. Man könnte weit in die Geschichte zurückgehen, um Beispiele anzubringen. Einige der bekanntesten und weitreichendsten Beispiele aus dem 20. Jahrhundert, die bis in die Gegenwart ihre Wirkung zeigen, finden sich in dem brillanten, aber auch sehr bedrückenden Buch „Merchants of Doubt“ von Erik Conway und Naomi Oreskes. Sie beschreiben darin, wie die Tabakindustrie sich gegen die wissen-

schaftlichen Erkenntnisse zur Schädlichkeit des Rauchens zur Wehr gesetzt hat, indem sie systematisch einige wenige Wissenschaftler unterstützt hat, die Zweifel an dieser These hatten und zudem überzeugte Marktliberale waren und staatlicher Regulierung eher skeptisch gegenüberstanden. In der Öffentlichkeit konnte so die Devise ausgegeben werden, es gäbe noch keinen wissenschaftlichen Konsens, also sei Regulierung unangemessen.

Diese gleichen Muster, die sogenannte Tobacco Strategy, finden sich auch in vielen anderen Bereichen der Regulierungspolitik, am schwerwiegendsten in Bezug auf den Klimawandel. Interessanterweise sind einige der Wissenschaftler, die schon in den 1960ern gegen die Schädlichkeit des Rauchens zu Felde gezogen sind, später wieder aufgetaucht in der Kritik am menschengemachten Klimawandel.

Diese Vorbemerkungen sollen in Erinnerung rufen, dass vieles von dem, was wir derzeit als die Problematik von im weitesten Sinne „Internet und Wahrheit“ beschreiben könnten, meines Erachtens strukturell gar nicht so neu ist. Die Intensität der Kämpfe und die Geschwindigkeit – Stichwort Vervielfältigung – haben zugenommen und vermischen sich mit neuen Möglichkeiten der Aufmerksamkeitssteuerung. Nicht zuletzt dürfte eine wichtige Rolle für die Wahrnehmung spielen, dass dank des Internets viele Mechanismen heute wiederum schneller ans Licht kommen. Das wiederum erlaubt auch eine optimistischere Perspektive. Wenn diese Mechanismen in den 1960er Jahren schon in dem Maße sichtbar gewesen wären, wie sie es heute sind, hätte man auch damals sehr pessimistisch sein müssen. Dass sie heute sichtbar sind, erlaubt uns erst, über den Umgang mit ihnen nachzudenken.

Eine entscheidende Problematik an der sogenannten digitalen Öffentlichkeit, die schon angesprochen wurde, ist die Unklarheit des Status unterschiedlicher Textgattungen oder auch Gattungen von Nachrichten anderer Art, also Audios, Videos usw. Wo es um Wahrheit im Sinne der besten wissenschaftlich fundierten Evidenz geht, oder wo es um andere Dinge geht, bleibt oft unklar. Zwei miteinander verwandte Ambivalenzen in Bezug auf den Begriff von Wahrheit oder Fakt spielen dabei eine Rolle und werden von Akteuren mit politischen oder wirtschaftlichen Interessen oft sehr systematisch ausgenutzt. Zum einen ist da die doppelte Rolle von Wissen in unseren heutigen Gesellschaften, die sozusagen die Kombination aus Demokratie und Kapitalismus widerspiegelt. Einerseits hat Wissen, haben Wahrheiten einen öffentlichen Charakter, weil sie die Bedingungen der Möglichkeit rationaler Entscheidungsfindungen sind und damit allen offenstehen sollen. Aber andererseits

haben wir uns an sehr vielen Stellen auch daran gewöhnt und akzeptieren, dass Wissen strategisch genutzt wird, vor allem in Marktzusammenhängen, aber auch in anderen Zusammenhängen, insbesondere in der Politik. Es gibt erhebliche Unterschiede, wie das in einzelnen Ländern gehandhabt wird. Aber weil das Internet global ist, schwappen diese unterschiedlichen Vorstellungen auch in Länder, in denen etwas anders gesetzlich reguliert ist. Die Regulierung von Werbung zum Beispiel ist im Grunde eine globale Herausforderung. Die zweite Ambivalenz ist, dass zahlreiche digitale Foren formal privatrechtlich funktionieren, de facto aber eine öffentliche Funktion haben. Auch das wurde schon angesprochen. Diese öffentliche Funktion ist vor allem deswegen wichtig, weil viele Individuen das, was im Internet verfügbar ist, als autoritativ empfinden. Aber weil es eben rechtlich gesehen private Strukturen sind, gibt es keine Regulierungen, zum Beispiel im Sinne von Offenlegungspflichten, wer eigentlich was dort äußert. Um es an einem konkreten Beispiel zu beschreiben: In Foren zu Verbraucherfragen, wie beispielsweise Ernährungstipps, geht man oft von reinen Austauschforen privater Nutzer aus, die sich freundliche Tipps geben. Recherchiert man jedoch, wer dort eigentlich postet, sind das oft von Firmen bezahlte Akteure, die bestimmte Produkte promoten.

Eine Metapher, die ziemlich viel Schaden angerichtet haben dürfte und die vor allem in den USA sehr verbreitet ist, ist die vom Marktplatz der Ideen. Dahinter steht die Vorstellung, dass sich in einem unregulierten Kampf von Wahr und Falsch die Wahrheit immer durchsetzen wird. Das geht weit in die Geschichte des politischen Denkens zurück; John Stuart Mill zum Beispiel war ein wichtiger Vertreter dieser Idee. Aber die Frage ist, ob das so, wie er es gemeint hat, und so, wie das unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts vielleicht plausibel war, heute noch irgendwie vertretbar ist. Denn weder online noch offline gibt es in diesem angeblichen Marktplatz eine unsichtbare Hand, die automatisch das Gemeinwohl befördern würde. Und auch Märkte in anderen Gütern, nicht nur in Ideen, können sehr wenig förderliche Eigenschaften entwickeln, wenn dort keine rahmensetzende Regulierung stattfindet.

In einem Aufsatz, in dem sie all die Schief lagen dieser Metapher vom Marktplatz der Ideen analysieren, schlagen Robert Sparrow und Robert Goodin vor, dass die bessere Metapher die eines Gartens sei. Es gibt gute Gründe, in einem Garten nicht ständig aktiv Hand anzulegen. Man kann die Pflanzen nicht aus der Erde ziehen, man muss sie wachsen lassen. Aber es gibt auch gute Gründe, dort einzugreifen, wo Unkraut wächst, wo bestimmte Gewächse

andere komplett zu verdrängen drohen oder bestimmte Pflanzenarten besonderen Schutz benötigen. Für den digitalen Garten der Ideen, so könnte man sagen, ist eine wichtige Frage, wie die Felder abgegrenzt werden können, in denen es um Wahrheit oder um ganz andere Dinge geht. Für die einzelnen Nutzer ist es aber kaum möglich, in allen Bereichen die entsprechenden Hintergrundrecherchen zu betreiben, nach den Geldgebern von Studien zu fahnden usw. Mit erhöhten Transparenzpflichten wäre durchaus denkbar, dass sich neue Formen der Filterung, des Gate Keepings und der Aufmerksamkeitsökonomie entwickeln könnten und unterschiedliche Akteure diese Monitoring-Funktionen übernehmen. Die Hoffnung wäre also, dass eine neue Form von Checks and Balances in Bezug auf die digitale Sphäre entsteht, um den interessegeleiteten strategischen Korruptionstendenzen entgegenzuwirken.

Ob digital oder nicht: Wahrheiten haben nur eine Chance, im politischen Diskurs eine Rolle zu spielen, wenn sie gewollt werden. Die vielleicht größte Gefahr der letzten Jahre ist die, dass eine Haltung lizenziert zu werden scheint, die glaubt, Wahrheiten nicht zu brauchen und es ablehnt, sich von Fakten überzeugen zu lassen. Denn an sehr prominenten Stellen wird vorgelebt, dass man sich Wahrheitsansprüchen mit bloßer Coolness oder einfachen Tweets auf Twitter entgegenstellen kann. Auch hier kann man die Metafrage stellen: Wem nützt es, wenn eine wahrheitsfeindliche Haltung propagiert und verbreitet wird?

Um mit Hannah Arendt zu schließen: Auch und vor allem in digitalen Zeiten braucht die Wahrheit Menschen und Institutionen, die sie hochhalten: „We hold these truths“. Das scheint heute gefragter denn je. Herzlichen Dank.



## Diskussion

**Michael Zürn:** Herzlichen Dank für diese drei sehr interessanten Inputs, die zur Diskussion anregen.

**Mitchell Ash:** Vielen Dank an die Referentinnen, den Referenten und an Michael Zürn für seine einführenden Bemerkungen. Nur zwei Anmerkungen möchte ich machen. Zunächst anknüpfend an die Ausführungen von Frau Herzog, in denen es hieß, einiges, was wir für neu halten, sei nicht allzu neu. Das ist das Einfallstor für die Historiker, in diesem Fall die Medienhistoriker und Wissenschaftshistoriker, die schon vor längerer Zeit festgestellt haben, dass eine fragmentierte Öffentlichkeit bereits 1900 zu konstatieren ist. Man könnte die Frage stellen, ob Öffentlichkeit jemals eine Einheit gebildet hat oder ob es sich nicht beim jetzigen Fall, dessen Neuigkeit ich nicht wirklich in Zweifel ziehen will, um eine Wandlung der Fragmentierung handelt, also nicht eine Fragmentierung einer nicht fragmentierten Öffentlichkeit, sondern eine Wandlung der Fragmentierung einer schon fragmentierten Öffentlichkeit. Das wäre die erste Frage. Es gibt bereits um 1900 Wissenschaftsöffentlichkeiten – im Plural! Das Stichwort Hierarchisierung der wissenschaftlichen Publikationsmedien sei hierzu nur genannt.

Der zweite Punkt: Herr Zürn hat zu Beginn von Künstlicher Intelligenz gesprochen. Leider ist das Thema nicht weiter aufgegriffen worden, das sollte aber unbedingt geschehen. Meine Frage ist, ob dieser Themenbereich der einzige sein soll, in dem Fragen der Moral und der Ethik gestellt werden müssen. Es wurde auch von den digitalen Monopolfirmen Facebook und Co., die man in den USA the Big Five nennt, gesprochen. Dazu möchte ich nur auf ein Buch von Alexander Klimburg über Cyber-Krieg und -Strategien hinweisen,<sup>1</sup> in dem er darauf aufmerksam macht, dass viele der Sicherheitstechniken, die von der CIA und NSA für den Cyber-Krieg und ähnliche Szenarien

---

<sup>1</sup> Klimburg, A. (2018): *The Darkening Web: The War for Cyberspace*. Paperback Edition, with a New Afterword. New York.

entwickelt worden sind, inzwischen privatisiert wurden, also an diese sogenannten Big Five und andere Firmen veräußert worden sind. Deren Umgang damit ist genauso intransparent wie der der Sicherheitsagenturen. Das scheint mir eine Frage von ethischer, moralischer, aber auch höchst politischer Relevanz zu sein.

**Michael Zürn:** Dankeschön. Ich würde gerne vielleicht Zweier- oder Dreier-Pakete bündeln und dann immer an die Referentinnen und den Referenten zurückgeben. In dem Sinne ist jetzt Christoph Markschies der nächste.

**Christoph Markschies:** Das ist eine Frage an Frau Herzog, durch deren wunderschönes Referat sich so ein frischer aufklärerischer Ton zog. Aber ist es nicht so, dass im Vergleich zu der Lage, in der Hannah Arendt Philosophie getrieben hat, inzwischen Wahrheit ein deutlich pluralisierterer Begriff geworden ist? Wir müssen damit umgehen, dass in der gegenwärtigen Kommunikation nicht einfach Wahrheit gegen Fake News im Sinne eines schlichten Duals gesetzt werden kann. Diejenigen, die Verantwortung für Kommunikation und Public Understanding of Science (and Humanities) tragen, also zum Beispiel die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, müssen auf einem schmalen Grat zwischen notwendiger Vereinfachung eines Befundes zum Zwecke der Kommunikation und der Pluralität im Befund, die kommuniziert werden soll, balancieren: Wissenschaftliche Befunde sollen kommunizabel sein, aber gleichzeitig nicht so radikal vereinfacht werden, dass es plötzlich wieder das Faktum versus die Fake News gibt. Das scheint mir ein erhebliches Kommunikationsproblem zu sein, das wir in der Wissenschaft noch nicht genügend bedacht haben und das möglicherweise auch zu Korrekturen in Textauslegungshermeneutiken führen müsste. Meine Frage ist: Muss man dieses hermeneutische Problem nicht hinzufügen und bedenken, wenn man den Arendt'schen frisch-aufklärerischen Ton überzeugend weitertragen will?

**Michael Zürn:** Die ersten Fragen sind an Lisa Herzog gerichtet. Ich möchte mich zuvor bei Mitchell Ash für den Hinweis zur Künstlichen Intelligenz bedanken. Zu der Frage, ob es im 19. Jahrhundert nicht schon eine fragmentierte Öffentlichkeit gab, passt der Hinweis von Lisa Herzog, dass möglicherweise auch das Konzept der alternativen Fakten historische Vorläufer hatte. So zielte die Tabakindustrie durch ein verdecktes Kommunikationssystem darauf ab, eine falsche gesellschaftliche Interpretation der Gesundheitsrisiken

herzustellen, um weiterhin große Gewinne einzufahren. Allerdings erscheint der Trump'sche Versuch, mit dem Begriff der Fake News die Rolle der Qualitätsmedien als dritte Instanz, als Schiedsrichter in der öffentlichen Kommunikation komplett auszuhebeln, grundlegender. Wir haben im Falle der Tabakindustrie eine policy-bezogene Nutzung der Qualitätsmedien, die über die alternativen Untersuchungen berichteten. In der Gegenwart jedoch scheint ein Teil der Strategie darauf hinauszulaufen, genau diese dritte Instanz als solche zu schwächen oder vielmehr noch: außer Kraft zu setzen. Mitchell Ash fragt: War das nicht immer so? Ich frage: Ist heute nicht doch etwas Neues dabei?

**Lisa Herzog:** Herzlichen Dank. Ich mag den Begriff Fake News nicht besonders, an vielen Stellen müsste man es einfach Lügen nennen. Aber es stimmt, dass es diesen Angriff auf den öffentlichen Diskurs gibt. Die Idee, dass wir uns in öffentlichen Diskursen pluralistisch über Dinge äußern, wird in manchen dieser Tweets angegriffen. Die Folgefrage müsste lauten: Können Demokratien diesen Weg gehen oder müssten sie sich sehr klar dagegen abgrenzen? Was die historische Zersplitterung angeht: Ich bin keine Historikerin, aber ich habe mal versucht, nachzuvollziehen, wann es das größte Maß an gemeinsamer Öffentlichkeit gab. Es scheint die frühe Welle der Radio-Shows in den USA zu sein. Sie wurde von einem riesigen Anteil der Bevölkerung gehört. In dieser Zeit gab es so etwas wie eine Gemeinsamkeit durch Medien. Ansonsten war der Normalfall, dass es zersplittert war. Ähnlich ist es lange mit den Zeitungen gewesen: Man las entweder die FAZ oder die „Süddeutsche“ oder die entsprechenden Zeitungen in anderen Ländern. Die Lager waren ungefähr klar und trafen sich irgendwo in der Mitte. Heute ist es sehr viel zersplitterter. Allerdings gibt es auch Studien, die aussagen, dass Internetnutzer immer noch sehr stark die offiziellen Medienkanäle im Internet nutzen, zum Beispiel über Facebook auf Seiten der BBC gehen. Es ist nicht klar, ob die Echokammerthese stimmt. Und von hier kann man auch eine Verbindung zum Thema Künstliche Intelligenz herstellen: Es wird gesagt, dass es die Algorithmen seien, die dazu führen würden, dass wir immer nur Dinge sehen, die dem ähnlich sind, was wir in der Vergangenheit gesehen haben. Es ist umstritten, nach dem, was ich an empirischen Studien kenne, ob das stimmt. Aber wenn es so ist, dann gibt es durchaus Möglichkeiten, dagegen anzugehen. Ich weiß zum Beispiel von einem Projekt in München, in dem der „Bayerische Rundfunk“ als öffentliche Medienanstalt gemeinsam mit Wissen-

schaftlern und Nutzern überlegt, wie der Vorschlagsmechanismus in der Mediathek funktionieren soll. Soll immer das Gleiche weiter vorgeschlagen werden oder bewusst auch andersartige Sendungen? Also, das ist alles nicht naturgegeben und lässt sich grundsätzlich steuern.

Zu Hannah Arendt und dem Wahrheitsbegriff und der Frage von einer Wahrheit oder vielen Wahrheiten: Es gibt heute noch die Arendt'schen Wahrheiten, und wir sollten uns nicht zu leicht davon verabschieden. Wir arbeiten in der Global Young Academy an einem Inkubator, der heißt „Trust in (Young) Scientists“. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus unterschiedlichen Ländern sitzen dazu an einem gemeinsamen Text. Ein Kollege aus Nigeria hat sich sehr dagegen gewehrt zu sagen, dass indigenes Wissen auch wichtig ist. Bestimmte wissenschaftliche Erkenntnisse, beispielsweise zu Ebola oder anderen Krankheiten, seien eben doch fundierter als lokale Deutungen, die aus der Geschichte, der Tradition einzelner Orte kommen. Einige europäische und nordamerikanische Kolleginnen und Kollegen betonten hingegen diese unterschiedlichen Perspektiven.

**Barbara Pfetsch:** Ich möchte auch noch eine kurze Bemerkung machen zu der Frage, ob es eine Fragmentierung von Öffentlichkeit nicht schon immer gab. Natürlich gab es sie schon immer. Die neue Qualität der Fragmentierung besteht aber darin, dass die Legitimität der Sortierungsmechanismen von öffentlichen Botschaften – und das sind die Qualitätsmedien – rapide abgenommen hat. Nicht so sehr unsere Generation, aber die Generation der Unter-30-Jährigen greift auf die aus dem Internet heruntergeladenen Botschaften anstelle von traditionellen Nachrichten zurück. Es ist also eine Generationenfrage. Wir müssen uns in der Tat Gedanken machen, wie man diese allgemein verbindlichen Informationen und die legitimen Instanzen ihrer Auswahl weiterhin gewährleisten kann. Signifikante Teile der Gesellschaft werden schlichtweg nicht mehr über Presse und Rundfunk erreicht. Dies leistet der Fragmentierung von Öffentlichkeit noch stärker Vorschub.

**Etienne François:** Ich habe drei Fragen nach diesen ganz spannenden Vorträgen. Die erste Frage: Lohnte es sich überhaupt, von der Einheit der Öffentlichkeit zu sprechen? Wenn man das auch historisch sieht, merkt man, dass jede Öffentlichkeit auf der Basis von Konflikten beruht, nicht unbedingt im Sinne von Carl Schmitt, aber ich denke an das Zeitalter der Reformation oder den Dreißigjährigen Krieg, wo es ganz andere Medien gab. Bei den

Flugblättern sieht man, dass es manchmal ganz leidenschaftliche Auseinandersetzungen gab, unabhängig von den heutigen Medien. Meine zweite Frage: Ich habe den Eindruck, dass in den drei Vorträgen der Schwerpunkt auf die neuen Medien und ihre Wirkung gelegt wurde. Aber das erinnert mich an das, was ich gelernt habe, als ich über Erinnerungskulturen gearbeitet habe: den starken Unterschied zwischen Erinnerungspolitik auf der einen Seite und Erinnerungskulturen auf der anderen Seite. Die kollektiven Erinnerungen sind teilweise beeinflusst durch Maßnahmen von oben oder unterschiedlichen Institutionen. Entscheidend ist der Umgang mit dem Angebot, entscheidend ist die Rezeption. Und jede Form der Rezeption hat eine Neuinterpretation zur Folge. Insofern würde ich mir wünschen, dass man größeren Wert auf den Umgang, die Rezeption legt und nicht nur auf die Technik und ihren Wandel, die wir leicht beobachten können. Die dritte Frage: Hiermit schließe ich an das an, was Christoph Marksches sagte, bei der Frage nach der Wahrheit. Sicher gibt es eine Wahrheit, wenn man von Fakten spricht, aber Fakten reichen nicht. Sie erwähnten eingangs den Einmarsch der kaiserlichen Armee in Belgien. Das ist ein Fakt, ohne Zweifel. Aber entscheidend war für diese Zeit die Wahrnehmung und Interpretation dieses Fakts. Für die westlichen Länder war das eine Aggression. Aber für die Armee und für sehr viele Deutsche, bis hin zur Sozialdemokratie, war es eine Verteidigung nach vorne. Der Fakt ist da. Aber aus diesem Fakt entstanden zwei gegensätzliche Wahrheiten. Und ich denke immer noch gerne an einen Satz, den man mir als Student in Frankreich sagte: In dem Augenblick, wo ein falscher Gedanke von vielen Menschen geteilt wird, wird er zu einem wahren Fakt.

**Michael Zürn:** Dankeschön. Ich würde jetzt noch Peter Weingart und Jürgen Gerhards um ihr Wort bitten.

**Peter Weingart:** Ich würde gerne auf die Beiträge von Herrn Merkel und Frau Herzog eingehen. Herr Merkel sagte, die Institutionen sind bislang stabil geblieben. Das stimmt optimistisch, aber in der Diskussion über die Rolle von Fakten bzw. von Wahrheit ist gewissermaßen die Bedrohung dieser Institutionen zu sehen. Demokratietheoretisch ist die Frage: Welche Rolle spielt in der politischen Diskussion der Bezug auf Fakten zum Erhalt dieser Institutionen, insbesondere zur Möglichkeit, Kompromisse zu finden? Die Instrumentalisierung von Wissenschaft, das Beispiel der Abhandlung von Oreskes und Conway zeigt es, gibt es und hat es auch ohne die Digitalisierung

gegeben, je nachdem, welchen instrumentellen Wert Wissenschaft für politische Diskussion spielt. Die Möglichkeit, wissenschaftliches Wissen für politische Diskussionen einzusetzen, zeigt den Bezug auf Fakten. – In der Tat, wie gerade vom Vorredner gesagt, mit der Möglichkeit, unterschiedliche Interpretationen zu führen. Aber das Beispiel der Verursachung von Krebs durch Rauchen zeigt, dass die andauernde Diskussion, das ständige Hin und Her zwischen Tabakindustrie und unabhängiger Forschung schließlich und endlich dazu geführt hat, dass die Evidenz unwiderlegbar geworden ist. Als die Diskussion angefangen hat, gab es Interpretationsmöglichkeiten. Am Ende dieses Prozesses stand der eindeutige Befund. Das ist mit der Klimaforschung ähnlich und wird sich wahrscheinlich in absehbarer Zeit dort genauso einstellen. Im politischen Diskurs muss gewährleistet sein, dass der Bezug auf die wissenschaftliche Methode das Entscheidende ist, dass das Vertrauen in die wissenschaftliche Methode erhalten wird. Ein weiterer Punkt, den ich einbringen möchte: Wir wissen, dass die psychischen Mechanismen so angelegt sind, dass Menschen sich bei starken Meinungen nicht von Gegenevidenzen überzeugen lassen. Kürzlich gab es einen interessanten Artikel in der FAZ, wie Trump und Kim einen Prozess sozusagen zelebriert, das Treffen in Singapur, und lediglich über Bilder kommuniziert haben. Substanzielle Ergebnisse gab es nicht, aber das Fazit: Die Bedrohung existiert nicht mehr. Die Frage ist: Welche Rolle spielen Bilder – und da spielt die Digitalisierung eine große Rolle –, die die Sprache, den Bezug auf substantielle Inhalte in der Sprache ablösen? Letzte Bemerkung: Es gibt eine Untersuchung der Stanford University an jungen Menschen, die ein College oder eine Universität besuchen, zur Wahrnehmung von Bildern auf Websites. Sie sind nicht mehr in der Lage, bezahlte Bilder von nichtbezahlten Bildern zu unterscheiden. Das heißt, sie können nicht mehr sagen, was ist eine interessierte Message und was ist sozusagen eine objektive Message.

**Jürgen Gerhards:** Ich habe eine Anregung und eine kurze Frage. Die Anregung bezieht sich auf die ersten beiden Vorträge. Wir haben zwei konträre Thesen gehört. Die These von Barbara Pfetsch lautet: „Wir sind in einem neuen Zeitalter der Kommunikation“. Und Wolfgang Merckels These lautet: „Es gibt zwar technologische Veränderungen, aber diese haben wenig Einfluss auf das Politische“. Vielleicht könnten die beiden Autoren kurz erläutern, wie sie auf die jeweils andere Position antworten würden.

Die Frage bezieht sich auf die These von Wolfgang Merkel. Mir ist bewusst, dass man von Anekdoten oder Einzelereignissen nur schwerlich generalisieren kann. Und trotzdem sei die Frage erlaubt: Wenn der Präsident der USA, des immer noch mächtigsten Landes dieser Welt, seine Außenpolitik über Twitter gestaltet und dabei die Beratungsstäbe und die traditionellen Formen der Öffentlichkeitsarbeit außer Kraft setzt, frage ich mich, ob der Befund „Es hat sich nicht viel geändert“ denn richtig ist. Twitter liefert doch erst die Möglichkeit für eine neue Form der Kommunikation, auch wenn man die Politik des Präsidenten nicht Twitter anlasten kann.

**Wolfgang Merkel:** Vielen Dank für die Fragen. Ich will auf einige Punkte gerne eingehen. Bei dem Wahrheitsbegriff werde ich häufig nervös, wenn er auf die Politik bezogen wird. Ich würde den Begriff sehr viel lieber mit Interessen in Verbindung bringen. Wenn ich bestimmte Interessen habe und durch diese in die Welt oder auf die Gesellschaft schaue, bekomme ich unterschiedliche Einblicke. Das sind für mich subjektive Wahrheiten. Demokratie muss sich daran messen lassen, wie sie Opportunitätsstrukturen bereithält, dass nicht bestimmte Interessen-Wahrheiten gleichsam systematisch diskriminiert und ausgeschlossen werden. Also Wahrheit als Leitbegriff demokratischer Politik ist problematisch. Es gibt nicht unerhebliche Unterschiede, wie man die Welt als wahr erkennen kann. Ich würde sagen, wenn man einen etwas einfachen institutionalistisch-prozeduralen Begriff von Demokratie hat, spielt Wahrheit keine zentrale Rolle. Es müssen in einer Demokratie Institutionen so konturiert sein, dass sie so etwas wie „organisierte Kontingenz“ erlauben. Das heißt, die Institutionen, die Verfahren müssen a priori fixiert sein. Was unklar ist und was offen sein muss, sind die Ergebnisse.

Und wenn ich von einer einheitlichen Öffentlichkeit höre, werde ich ebenfalls nervös. Das erinnert mich an von oben orchestrierte Regime, vulgo Diktaturen. Ich verkenne nicht, dass es eine Debatte gibt, ob dieses Faktum und jenes Faktum wahr ist. Darüber gibt es sehr lange epistemologische Dispute. Für die Institutionen und für das Funktionieren einer Demokratie halte ich das für nicht besonders fruchtbar zu verfolgen. Peter Weingart hat es angesprochen: Sind die Institutionen über die Zeit wirklich so stabil geblieben? Das wollte ich im Grunde nicht sagen. Die zentralen Institutionen der Demokratie, die im Wesentlichen im 17. und 18. Jahrhundert erfunden oder kodifiziert wurden, sind auch heute noch zentral. Und seitdem haben wir – ich höre gerne zu, ob es alternative Ansichten gibt – keine wesentlichen neuen

Institutionen der Demokratie erfunden. Und diese sehe ich eben nicht durch die Digitalisierung gefährdet oder im Umbruch.

Es werden durch die Digitalisierung also keine prinzipiellen neuen Arrangements und Verfahrensweisen der Demokratie generiert. Es gibt unterschiedliche Ebenen, Arenen der Partizipation, der Beteiligung. Alles, was wir bisher wissen, ist, dass es keine Demokratisierung, keine Universalisierung, keine Entgrenzung gegenüber diskriminierten und benachteiligten Gruppen und Schichten gibt. Die Blüenträume, die zunächst mit dem Aufkommen der Digitalisierung in die Demokratieperspektive hineingetragen worden sind, lassen sich zunächst empirisch nicht nachvollziehen. Trump ist ein Gegenbeispiel zu diesen Blüenträumen. Ich will nicht sagen, dass an der Digitalisierung nichts Neues ist. Daher habe ich versucht, eine etwas veritablere, wenn auch nicht unproblematische Quelle wie Carl Schmitt anzuführen. Die digitale Technik erlaubt nun, einfach und billig den direkten Kontakt mit dem Publikum oder mit den Adressaten politischer Entscheidungen oder den Bürgerinnen und Bürgern vorbei an den intermediären Instanzen herzustellen. Dadurch entsteht eine Art von charismatischer Beziehung, die aus demokratischer Sicht nicht unproblematisch ist. Aber bisher muss man sagen – bei aller Antipathie, die bei jedem neuen Tweet aufkommt –, dass die Institutionen Trump im Grunde in Schach gehalten haben. Was er macht, ist innerhalb der Institutionen, innerhalb der Verfassung. Was für mich viel grauenhafter ist – sozusagen jenseits von jeder Digitalisierung –, wie die Administration von George W. Bush einen Angriffskrieg gegen den Irak herbeigelogen hat. Wir vergessen dieses völkerrechtliche Verbrechen bei all den Vulgaritäten, die wir von Trump hören, spüren, sehen. Aber dass hier Fakten, Wahrheiten, von denen wir gesprochen haben, mit viel verheerenderen Folgen für den Globus instrumentalisiert worden sind, lag jenseits der Digitalisierung.

**Barbara Pfetsch:** Ich würde dem zustimmen. Die Institutionen sind normativ fixiert, stabil, existieren in der Form. Aber wir argumentieren, dass die Institution durch die Kommunikationspraktiken und die neuen Strukturen von Öffentlichkeit in der Praxis unterminiert und ausgehöhlt werden. Das kann man zeigen in Bezug auf die Praktiken der Repräsentation und der Partizipation der Bürger, die sich dramatisch verändert haben. Ich zitiere nur Clicktivism und Connective Action, d. h. die radikale Wandlung der Partizipationsmechanismen und der Entscheidungsmechanismen hin zu kurzfristigen spontanen



Aktionen. Insofern muss man hier auf die gelebte Praxis schauen und kann erst dann die langfristigen Folgen für die Diskurse abschätzen.

Zum Wahrheitsbegriff in der Wissenschaft noch eine Bemerkung: Stichwort Klimawandel. Auch hier kann man zeigen, dass über digitale Kommunikationsmechanismen Debatten von Klimawandelleugnern existieren, die über Vernetzungen mit zweifelhaften Experten am Leben gehalten werden. In einer Studie zur Klimawandeldebatte haben wir die Vernetzungen von Klimawandel-Skeptikern und Befürwortern untersucht. Wir konnten für Europa zeigen, dass die amerikanischen Klimaskeptiker über digitale Netzwerke auch das Abstreiten des Klimawandels befeuern. Auch da ist die Frage: Wo ist die Wahrheit? Wissenschaftler, Naturwissenschaftler haben weniger Zweifel, wenn sie die naturwissenschaftlichen Fakten ansehen. Aber der Punkt ist, dass über neue Strukturen von Öffentlichkeit Diskurse stark gemacht werden, bei denen es keine Grenze mehr gibt zwischen wissenschaftlicher Evidenz, Wahrheit und Gerücht.

**Lisa Herzog:** Zunächst zu dieser Studie bezüglich der als Payed Content markierten Bilder und anderer, die gleich wahrgenommen oder nicht hinreichend unterschieden werden. Eine ganz entscheidende Frage ist, in welchem Maße solche psychologischen Erkenntnisse auch in die Regulierung dieser digitalen Räume aufgenommen werden. Die Wirtschaft beschäftigt sich sehr ausführlich damit. Es gibt wunderschöne Beispiele zur Datenerhebung, die zeigen, wie u. a. ein bekannter Fahrdienstleister damit die Manipulation seiner Mitarbeiter immer weiter optimiert – natürlich zugunsten der Firma. In welchem Maß muss von staatlicher Seite solche Manipulation verhindert werden? Und wie passt dies zu den Freiheitsrechten, die immer hochgehalten werden? Zweiter Punkt: Überträgt man die Frage nach Erinnerungspolitik, Erinnerungskultur auf dieses Thema, könnte man von „Institutionen versus Kultur“ sprechen; es geht sowohl um äußerliche institutionelle Rahmenbedingungen als auch um subjektives Erleben. Dazu wird die Forschung sehr viel integrierter vorgehen müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war, müssen sich die Disziplinen im Grunde neu zusammenfinden. Wissen, Wahrnehmung von Wahrheit usw. – all diese Dinge sind sehr schwer institutionell greifbar. Ich würde sogar behaupten, dass sich die Aufforderung, mit Wissen auf eine ethisch vertretbare Weise umzugehen, nie komplett in Institutionen fassen lässt, weil diejenigen, die strategisch sein wollen, immer Wege finden werden, manipulativ zu sein. Wissen hat immer einen moralisch-ethischen

Überhang, der sich in Institutionen nicht komplett fassen lässt. Die Frage wäre, was das für die Forschung und auch für die Forschungspolitik heißen müsste.

Und zum Wahrheitsbegriff: Wir können nicht auf den Wahrheitsbegriff verzichten, egal, wie stark wir ihn pluralisieren wollen, wie stark wir davon ausgehen, dass er perspektivisch ist und sich Interessen nicht komplett ausschalten lassen. Vielleicht brauchen wir aber noch dringender seinen Gegenbegriff. Denn oft ist es so, dass sich die Falschheiten relativ klar identifizieren lassen, auch wenn die Wahrheiten vielleicht noch umstritten sind. Und die Falschheiten sind das, was im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess, im Hin und Her, auch durchaus im Konflikt mit anderen Interessenvertretern, klarer zutage tritt. Vielleicht könnte man sich darauf einigen, dass zumindest der Begriff der Falschheit sehr klar festgehalten wird. Dann kann man über Wahrheitsbegriffe gerne diskutieren. Und ein letzter Punkt zu Belgien: Ich würde sagen, es gibt beides, es gibt das Faktum des Einmarsches, und dann gibt es andere Fakten dazu, wie das interpretiert wird. Die Frage ist aber, ob wir an dem ersten Faktum festhalten können oder ob auch dieses schon zur Debatte gestellt wird. Das sehen wir deutlich bei anderen Debatten in der heutigen Öffentlichkeit, zum Beispiel zum Klimawandel.

**Michael Zürn:** Herzlichen Dank. Ich würde den Fluss der Diskussion gern weiterlaufen lassen und vorschlagen, dass die Personen, die ich jetzt noch auf der Liste habe, nacheinander sprechen, und wir dann nochmals an die Referentinnen und den Referenten abgeben.

**Peter Deufhard:** Ich wende mich an die junge Kollegin Lisa Herzog. Sie sind bei der Suche nach einer einheitlichen Öffentlichkeit zu der Zeit in die USA gekommen, als es die Radios zum ersten Mal gab. Ich habe vor kurzem das Buch „Das könnte bei uns nicht passieren“ von Sinclair Lewis gelesen. Er hat es 1935 geschrieben und war Nobelpreisträger für Literatur. Wenn Sie das heute lesen, denken Sie, das sind die USA, das ist Trump. Alles finden Sie dort – auch wenn es natürlich kein Twitter, keine elektronischen Medien gibt. Es ist lediglich die Art, wie Öffentlichkeiten Fake News aufnehmen und verstärken. Es ist sehr wichtig bei dieser Debatte um Fake News, Wahrheit oder Falschheit zu unterscheiden, was durch die neuen Medien entsteht, durch deren Geschwindigkeit, oder wie viel davon einfach in der menschlichen Psyche liegt.

**Michael Zürn:** Zur Wiederholbarkeit der Geschichte nur die eine Anmerkung: Alfred Stepan, ein Politologe, der über Lateinamerika arbeitete, hat die schwierige Frage gestellt: Woran erkennt man autoritäre Politiker und Kampagnen, die eine Demokratie abschaffen wollen? Und er sagte: Man erkennt es ganz einfach. Zu Beginn wird der autoritäre Kandidat, der Präsident werden möchte, drei Dinge gleichzeitig tun. Er wird die Objektivität der Medien infrage stellen, er wird die politischen Gegner als kriminell darstellen und er wird möglicherweise das Wahlergebnis im Vorhinein bereits nicht anerkennen. Die Dinge wiederholen sich manchmal. Aber das ist nur ein kleiner Einwurf. Jürgen Trabant ist der nächste.

**Jürgen Trabant:** Dankeschön. Ich will noch mal auf die Frage der Wahrheit zurückkommen, und zwar auf die wunderbaren beiden Metaphern vom Markt der Ideen und vom Garten der Ideen. Das Problem ist: Natürlich ist der Garten der Ideen wunderbar, nur der Gärtner ist natürlich weggeschickt worden. Und Sie, Frau Herzog, haben am Ende Ihres Vortrages trotzdem einen Optimismus gehabt: We hold these truths. Wer ist „we“? Ist das der weggeschickte Gärtner? Und wo ist er?

**Gertrude Lübbe-Wolff:** Eine damit zusammenhängende Bemerkung zu Frau Pfetsch. Sie haben die Gate-Keeper-Funktion der Qualitätsmedien sehr hochgehalten und das gegenwärtige Problem hauptsächlich daran festgemacht, dass diese Funktion entfallen ist. Ich bin mir nicht sicher, ob man darüber traurig sein muss oder nicht auch eine andere Sichtweise haben kann. Man könnte es auch als eine Ertüchtigung und Ermächtigung zum Sich-Äußern und Gehört-Werden für Menschen sehen, die sich und ihre Interessen in dem bisherigen System des Gate Keeping zu wenig artikulieren konnten. Ich erinnere mich an ein Gespräch über das Asylrecht mit einem Journalisten der „Zeit“ vor einigen Jahren, das war noch vor dem großen Flüchtlingszustrom der Jahre 2015/16. Er sagte, in seiner Redaktion gebe es zwei Parteien, die eine Hälfte meine, man müsse beim Asylrecht großzügiger sein, und die andere Hälfte meine, man müsse überhaupt jede Form der Grenzkontrolle abschaffen und jedem, der will, freien Zugang nach Deutschland geben. Es sei bis ins frühe 20. Jahrhundert so gewesen, dass man in Europa ohne Pässe habe reisen können, und das habe doch auch keine Probleme verursacht. Ich hatte darüber eine lange Diskussion mit ihm. Es ist oder war offensichtlich

ein Ausmaß an Nichtwahrnehmung von Realitäten in diesen Gate-Keeping-Institutionen zuhause, dass ich mich frage, ob das nicht auch einer der Verursacher der Wut und des Unwillens ist, die sich jetzt in wirklich zum Teil abscheulicher Form Bahn brechen. Dieser Mann hatte offenbar nicht seine Kinder in einer Schule, in der 70 Prozent der Schüler die deutsche Sprache nicht halbwegs angemessen beherrschen. Und er konkurriert offensichtlich auch nicht mit neu Zugewanderten um zu wenige Sozialwohnungen usw. Wenn es um die Mechanismen der Vermittlung gesellschaftlicher Kommunikation geht, muss man im Übrigen nicht nur auf die Medien als Institution gucken, sondern auch auf ganz andere Dinge. Das reicht vom Wehrdienst bis zur Schule und zum Wohnquartier. Den Wehrdienst als eine Institution, in der immer unterschiedliche gesellschaftliche Schichten miteinander in Kontakt gekommen sind und auch sowas wie Kameradschaft und Respekt voneinander entwickeln konnten, haben wir im Augenblick suspendiert. In unseren Schulen haben wir einen Segregationsprozess ebenso wie in den Wohngebieten. Das sind alles Entwicklungen, die die gesellschaftliche Kommunikation und die wechselseitige Wahrnehmung, wer in der Gesellschaft welche Probleme hat, mindestens so beträchtlich stören wie die Organisation der Medien.

**Christian Tomuschat:** Unsere Diskussion ist nicht neu. Schon Descartes hat in schön altertümlicher Sprache gesagt: „Il faut distinguer le vrai d'avec le faux.“ Aber ich möchte den Fokus etwas verrücken, und zwar auf die Überinformation, unter der wir leiden. Es ist häufig nicht so sehr „distinguer le vrai d'avec le faux“ – was ist wahr und was ist falsch –, sondern es geht darum, dass wir alle unter einer Fülle an Informationen leiden. Ich erinnere mich noch daran: Als Neunjähriger 1946 in Hamburg – damals gab es nur zweimal in der Woche eine Zeitung von vier Seiten. Ich teilte die Woche in gute und schlechte Tage ein, an den guten erschien die Zeitung. Heute haben sich die Informationsmöglichkeiten derart vervielfacht, dass wir fast ersticken an diesen ganzen Möglichkeiten, uns zu informieren. Es wird für die Bürgerinnen und Bürger immer schwieriger, sich wirklich zu informieren, auch wenn wir die Frage von Fake News einfach beiseitelassen. Es gibt so viele Good News und True News, die man je nach persönlichem Urteil noch unterscheiden muss. Die Lage ist außerordentlich schwierig geworden, vor allem deswegen, weil in den Medien so viel Banales, Triviales transportiert wird, das man auf den ersten Blick gar nicht zu erkennen vermag. Unser Selektionsvermögen wird immer mehr gefordert. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine

Vorschrift, die es in vielen schweizerischen Kantonsverfassungen gibt: Die jeweilige Regierung muss in einem kleinen Heft vor einer Volksabstimmung die Pro- und Contra-Argumente in objektiver Weise darstellen – eine amtliche Verpflichtung. Das ist vorbildlich, denn letzten Endes kommt es auf den Einzelnen an. Es ist nicht mehr nur das Lokale und das Regionale, was das einzelne Schicksal betrifft, sondern im Grunde ist die ganze Welt auch in die häusliche Wohnstube eingezogen. Auch mit Iran und mit Malawi muss man sich befassen. Das ist eine ganz schwierige Aufgabe – nicht nur für die Bundeskanzlerin, sondern auch für jeden einzelnen Bürger. Aber die Welt-Informationen in einem Büchlein zusammenzufassen für den Gemeingebrauch, einer kleinen Fibel, das ist wohl nicht möglich.

**Wolfgang Streeck:** Ich möchte etwas zu dem Wahrheitsproblem im Zusammenhang mit den neuen Medien sagen. Ich habe einen Selbstversuch gemacht und monatelang als passiver Twitter- und Facebook-User geschaut, was es dort alles gibt. Von dem, was da rumströmt, sind vielleicht fünf Prozent politisch. Der Rest ist etwas ganz anderes. Ich war zum Beispiel lange ein Follower der Kardashians. Die meisten von Ihnen werden gar nicht wissen, wer das ist. Die Kleinste der Kardashians hat 24 Millionen Follower. Heute hat sie mitgeteilt, welche neuen Sandalen sie für den Sommer gekauft hat. Was sind das für Botschaften? Zunächst einmal betten die den politischen Nachrichtenstrom völlig ein. Und es sind sehr attraktiv gemachte Botschaften; Sie müssen sich die Kardashians nur einmal angucken. Das sehen die Leute gerne. Es handelt sich um Werbung, und Werbung hat einen eigenartigen Status. Die hat keinen Wahrheitsanspruch. Man kann Werbung nicht danach beurteilen, ob sie wahr oder falsch ist. Natürlich ist das was anderes, wenn sie – wie man heute sagt – krass behauptet „Davon wirst du gesund!“ und dann wirst du nicht gesund. Aber Sandalen und das, was die verschiedenen Influencerinnen und Influencer verteilen, haben keinen Wahrheitsanspruch. Und jetzt schauen Sie sich an, was in diesen Medien an Politikmitteilungen eingebettet wird. Sie sehen interessanterweise, wenn unsere Politiker twittern, geben die ihren Wahrheitsanspruch auch auf. Denn auch das ist Werbung. Sie stellen ihre Gesichter aus und erklären dazu: Heute habe ich mich aber wirklich über Trump geärgert. Dieses ganze riesige Informationsproduktions-Regime ist dazu gedacht, unter der Prämisse einer Verkaufsfrage von Wahrheitsfragen abzulenken. Da soll etwas verkauft werden und in die Politik wandert legitimerweise oder in einer für legitim gehaltenen Weise ein, dass

man nun auch das, was man politisch macht, verkaufen muss. Hier lernen sie von den Kardashians, denn die können das sehr gut – wie gesagt 24 Millionen Follower hat die Kleinste von denen. Die Oberste, Kim, hat schon 100 Millionen, die jeden Tag ein- oder zweimal ihre Mitteilungen empfangen. Zu der Bemerkung von Herrn Weingart zur Bedeutung der Bilder: Politiker bzw. deren PR-Verantwortliche legen großen Wert auf die Steuerung der Bildproduktion. Mir scheint, dass auf nichts so viel Aufmerksamkeit verwendet wird, wie zum Beispiel dafür zu sorgen, dass unsere Verteidigungsministerin niemals vor einem Panzer fotografiert wird. Stattdessen wird sie in einer Küche für Soldaten gezeigt. Genauso schreibt Robin Alexander, dass vor Mitte 2015 der Stab von Merkel ein generelles Verbot erlassen hatte, die Kanzlerin mit Flüchtlingen zu fotografieren. Solche Bilder sind nicht wahrheitsfähig, sondern Instrumente zur gezielten Herstellung von Aufgeschlossenheit für ein bestimmtes Programm – was auch Werbung ist. Insofern scheitern wir mit unserer sozusagen alteuropäischen Wahrheitsforderung an diesen Medien voll und ganz.

**Michael Zürn:** Nochmals ein Dankeschön. Ich gebe jetzt das Wort wieder an die Inputgeberinnen und den Inputgeber zurück und schlage vor, dass wir in der Reihenfolge der Präsentation vorgehen, also Barbara Pfetsch beginnt.

**Barbara Pfetsch:** Danke für diese Fragen, vor allem für den letzten Hinweis, dass nur ein sehr begrenzter Teil – drei Prozent hat man gemessen – des Inhaltes des Internets überhaupt politisch relevante Botschaften sind. Ich will nicht einmal sagen, dass es Informationen oder Wahrheiten sind. Das stärkt ein Argument, dass das, was hier produziert wird, über weite Strecken nichts als Lärm ist. Wir müssen uns überlegen, was es bedeutet, wenn Öffentlichkeit zum Großteil kommerzieller Lärm ist. Dies ist die Frage, die ansteht. Jetzt zu der Frage der Massenmedien und der Qualitätsmedien. Das ist glücklicherweise der Gegenstand der Kommunikationswissenschaft und hier der Nachrichtenwertforschung. Insofern ist es klar: Niemand würde bestreiten, dass Massenmedien und auch Qualitätsmedien einen Selektions-Bias haben. Das heißt, es wird nicht Wahrheit produziert, sondern es werden nach bestimmten transparent gemachten Regelungen Informationen prozessiert, und auch nach bestimmten Konventionen Kommentare und Meinungen produziert. Insofern würde ich nie behaupten, dass Massenmedien objektive Wahrheitsproduzenten wären. In der Tat gibt es Verzerrungen durch die Aus-

wahlmechanismen und Formatierungen und eine Elitendominanz bei den Quellen. Und in der Tat beobachten wir in der massenmedialen Berichterstattung einen Mechanismus, den Gadi Wolfsfeld „cumulative inequality“ nennt. Dies meint, dass diejenigen die schon prominent sind, durch die Berichterstattung noch prominenter hervorgehoben werden. Das heißt, Verzerrungen, Ungleichheiten, Bias kumulieren über die Zeit. Können wir aufgrund dieser Logiken auf Massenmedien verzichten? Soll man die Forderung aufgeben, dass Medien essenziell sein müssen für unsere Öffentlichkeit und dass ihre Gate-Keeper- und Sortierungsfunktion unersetzbar und normativ wünschbar ist für unsere Demokratie? Nein, man muss die Medien in ihrer Verantwortung halten, so wie es über Mediengesetze, über Regulierung, über Selbstbeobachtungsmechanismen geschieht. Wir können auf diese Rolle von Medien nicht verzichten und sie abgeben an die Zivilgesellschaft, weil wir wissen, dass andere Institutionen auch selektive Wahrheiten haben. Insofern brauchen wir viele Institutionen der Öffentlichkeit, auch NGOs, auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir haben geprüft, ob die Hoffnung, dass die Themen derjenigen, die bisher nicht gehört werden, über die neuen Medien tatsächlich in die Öffentlichkeit gelangen. Dies ist aber in der empirisch messbaren wissenschaftlichen Online-Forschung nicht nachzuweisen. Um diejenigen zu hören, die sonst nicht gehört werden, sind wir nach wie vor angewiesen auf kurzfristige Gelegenheiten und Nachrichtenansätze. Aber es gibt eben verstärkt das Problem der Unübersichtlichkeit und des Lärms. Ich halte hier ein engagiertes Plädoyer für die journalistischen Massenmedien, für die Regulierung dieser Medien und für die Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Funktionen. Wir wissen, wie der Selektions-Bias funktioniert, wir kennen die Konventionen der Berichterstattung und die Normen von Journalisten. Wir wissen hingegen nichts über den Selektions-Bias des Lärms in den sozialen Medien und im Internet.

**Wolfgang Merkel:** Ich bin immer noch nicht überzeugt, ob unsere Debatte über Wahrheit tatsächlich den problematischen oder konstitutiven Kern der Demokratie richtig erwischt. Der Code Wahrheit/Nicht-Wahrheit ist für das Wissenschaftssystem völlig zentral. Ich stelle mir jetzt aber denselben Code als Kommunikationsmodus für demokratisches Reagieren und Agieren vor. Er kann nicht Wahrheit und Nicht-Wahrheit heißen. Bei Luhmann heißt das Macht und Nicht-Macht und als Sekundärkode heißt es Regierung und Opposition. Und in den Sekundärkode ist eingespeist, was wir bei den Medien

auch diskutieren können: Es müssen die Bedingungen gegeben sein, dass unterschiedliche Stimmen gleichsam gehört und nicht systematisch ausgegrenzt werden. Und wenn Michael Zürn Alfred Stepan zitiert: Das Aufziehen von Diktaturen erkennt man unter anderem daran, dass Präsidenten die Objektivität der Medien in Zweifel ziehen. – Natürlich sind die Medien, ist jedes Medium für sich genommen nicht objektiv, sondern subjektiv. Die Wahrheit gleichsam des „Bayernkuriers“ ist eine andere als jene des „Vorwärts“. Und die Wahrheit der „Bild“-Zeitung ist eine andere als jene der „Neuen Züricher Zeitung“. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen – und hier ist mein zentrales Wort anstelle von Wahrheit –, dass die zentralen Funktionsbedingungen für den Pluralismus in der Medienwelt gewahrt werden. Das ist ein wichtiger Punkt, den demokratische Politik zu verfolgen hat. Ob sich zum Schluss eine Wahrheit herausmendet aus dem offenen politischen Diskurs zwischen den Medien, ist eine andere Sache. Das von Herrn Tomuschat angesprochene Problem der Überinformation sehe ich auch. Es ist ein Selektionsproblem, das wir haben, und das sinkt gleichsam mit dem Niveau der kognitiven Ressourcen, mit denen wir dieses Selektionsproblem lösen können. Hier könnte es sein, dass jene unteren Bildungsschichten, die am wenigsten von diesen Ressourcen besitzen, gleichsam die ersten Opfer dieser Überproduktion von Nachrichten sind, weil ihre Weltdeutungsorganisationen, sei es die Kirche oder die Gewerkschaften oder andere Großorganisationen, doch viel an Nimbus verloren haben, stellvertretend die Macht zu deuten. Die Überinformation schafft ein Selektionsproblem, an dem besonders jene Schichten leiden, die nicht über die kognitiven Ressourcen verfügen, das einigermaßen zu unterscheiden.

**Lisa Herzog:** Ich möchte zunächst der Kollegin, die den Hintergrund sozialer Ungleichheit, Segregation, all diese Dinge hervorgehoben hat, noch einmal stark beipflichten. In den USA ist die Zahl der gemischten Ehen, nicht zwischen den Ethnien, sondern zwischen Republikanern und Demokraten, stark zurückgegangen. Die Wohnviertel entflechten sich. Das sind ganz andere Probleme. Durch die Digitalisierung kann man sich jedoch leicht mit seinesgleichen auch über geographische Räume hinweg vernetzen. Aber da spielt im Hintergrund sehr viel mehr eine Rolle. Zu den Radioprogrammen: Ich habe nicht gemeint, dass es damals keine Fake News gab, sondern wollte sagen, dass zu dieser Zeit Medienformate existierten, die sehr große Menschenmassen erreicht haben, wie das heute vielleicht noch bei der Fußball-WM der Fall ist, aber ansonsten



nicht in diesem Umfang. Das Plädoyer, die menschliche Psyche mitzudenken, würde ich auf jeden Fall unterstützen. Aber die menschliche Psyche ist sehr komplex und diejenigen, die an einem Abend vielleicht Hasskommentare im Internet schreiben, können vielleicht am nächsten Tag ganz umgängliche Kollegen und Familienväter sein. Welche Teile unserer Psyche kommen da zum Tragen und wie wird das reguliert? Was schlägt sich vor allen Dingen in der Politik nieder? Zum Gärtner: Ich habe lange über Adam Smith gearbeitet, und da ist immer die unsichtbare Hand im Hintergrund und regelt alles. Wenn man seine Texte genauer liest, sieht man, dass ein stark deistisch geprägtes Weltbild dahintersteckt: Der Schöpfer hat das so schön eingerichtet, und der Schöpfer wäre dann auch der Gärtner, der diese Dinge irgendwie regelt. Wenn man das weglässt, also im Sinne eines postmetaphysischen Denkens, mit Habermas gesprochen, sind wir alleine, und es gibt nur noch uns. Wer kann dann welche Form von Verantwortung übernehmen? Es gibt die Verantwortung von Wissensträgern der unterschiedlichsten Formen von Wissen. Es gibt keine Gruppe in der Gesellschaft, die das alleine übernehmen könnte. In der Philosophie gibt es das Stichwort der epistemischen Gerechtigkeit. Aber diese Aufgaben, die haben wir im Moment vor uns. Und ich denke, das ist so eine Situation, wo das Rousseau'sche Paradox greift: Wir bräuchten neue Gesetze, damit diese die Bürger formen, auf eine bestimmte positive Art und Weise, damit sie Gesetze machen können, die wiederum diese positive Formung herbeibringen würden. Wir müssen uns an unserem eigenen Schopf aus diesem Sumpf herausziehen. Und zuletzt zum Thema Wahrheit oder die Kardashians, um es einmal darauf zuzuspitzen: Wir haben sehr unterschiedliche Arten, mit Information, mit Wissen umzugehen, und wir akzeptieren, dass es in sehr weiten Bereichen dieser sogenannten digitalen Öffentlichkeit überhaupt nicht um Wahrheit geht, sondern um Aufmerksamkeitssteuerung, um Meinungen und um Verkaufszahlen. Verdrängt das die anderen Dinge oder können sie friedlich koexistieren, und ist den Leuten klar, dass sie beim Sandalen-Kaufen vielleicht Frau Kardashian zuhören, aber bei politischen Fragen sich eher an andere Instanzen richten? Wie geht man damit um, dass bestimmte Gruppen sehr gezielt von denjenigen adressiert werden, die eben nicht Wahrheit, nicht politische Information oder irgendetwas Derartiges im Sinn haben, sondern einfach nur auf Verkaufszahlen setzen und alle möglichen psychologischen Mechanismen dafür einsetzen? Was für neue Formen der Regulierung, der Transparenz und auch der epistemischen Arbeitsteilung brauchen wir? Wir können nicht alle, da würde ich Herrn Tomuschat zu-

stimmen, für alles zuständig sein. Aber wir können Strukturen in der Gesellschaft entwickeln, und das ist an vielen Stellen schon der Fall, wo wir wissen, auf wen wir uns in Bezug auf bestimmte Fragen verlassen können. Diese Vertrauensökonomie, die hinter der Aufmerksamkeitsökonomie steckt, steht letztlich auf dem Spiel.

**Michael Zürn:** Herzlichen Dank. Ich möchte zum Abschluss festhalten, wo ich die zentralen Schnittlinien der Diskussion gesehen habe. Das Erste und wohl offensichtlich am meisten Diskutierte war der Wahrheitsbegriff. Dabei scheint mir wichtig, dass man sich gegen Fake News wenden kann, ohne eine absoluten Wahrheitsbegriff verteidigen zu müssen. Was aus meiner Perspektive implizit im Mittelpunkt der Debatte steht, ist, ob die Verfahren, mit denen Wahrheiten erzeugt werden, an Anerkennung verlieren. Ist das Bild von meiner Mitarbeiterin über die Unterstützer bei der Inauguration nicht genauso viel wert wie das Bild von vielen anderen? Bei dieser Frage geht es vor allem um die Prozesse der Erzeugung von Shared Understandings, die radikal angegriffen werden. Zum Zweiten, Wolfgang Merkel hat mit großer Überzeugungskraft gezeigt, dass die professionelle Konfrontation von Interessen, bei der unterschiedliche Strategien zur Durchsetzung im Rahmen eines demokratischen Verfahrens zur Anwendung kommen, durch die Digitalisierung nicht erheblich beschädigt wird. Aber es bleibt die Frage, ob die öffentliche und epistemisch orientierte Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht Teil einer funktionierenden Demokratie sein muss. Drittens erscheint es mir auch wichtig, die Empirie ins Spiel zu bringen – diesbezüglich auch ein Dank an Barbara Pfetsch. Der Anteil von drei bis fünf Prozent an politischer Kommunikation am Gesamtaufkommen im Netz – also drei Prozent bei einer systematischen Untersuchung, fünf Prozent beim Eigenversuch von Wolfgang Streeck – trifft für Deutschland zu. Es gibt auch Studien, die für andere Länder höhere Werte ausweisen. Entsprechende Untersuchungen zeigen beispielsweise in den USA deutlich zweistellige Werte. Wir müssen die Dinge komparativ anschauen. Schließlich: Wenn wir individuelle Verantwortlichkeit und die deliberative Qualität der öffentlichen Auseinandersetzung infrage stellen, heißt das zunächst einmal, dass Konzepte nicht mehr funktionieren, die eine Rechtfertigungsfunktion im Rahmen unserer Gesellschaftsordnung haben. Das schließt nicht aus, dass man neue Praktiken mit anderen Konzepten neu versteht und unter Umständen auch neu rechtfertigen kann. Ich habe einiges aus dem Versuch von Lance Bennett und Barbara Pfetsch gelernt. Man kann

Kommunikation auch anders denken, mit anderen Konzepten, mit anderen Begriffen als bisher. Zuletzt möchte ich den Hinweis von Frau Lübke-Wolff aufgreifen, dass all der Ärger, den wir gegenwärtig haben, vielleicht gar nicht der Digitalisierung geschuldet ist, sondern einfach der mangelnden Inklusionskraft der Demokratie, wie sie sich in den letzten 10 bis 15 Jahren entwickelt hat. Das sollte man im Hinterkopf halten, um nicht eine Pseudo-debatte über die Effekte der Digitalisierung zu führen, die möglicherweise durch etwas ganz anderes hervorgerufen wird – die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Ich freue mich auf die Vorträge im November. Ich bedanke mich bei den Referentinnen und bei Wolfgang Merkel als Referent sowie für die lebhaftige Diskussion. Dankeschön.

**Martin Grötschel:** Ich möchte mich auch ganz herzlich bei Herrn Zürn sowie Herrn Merkel, Frau Pfetsch und Frau Herzog bedanken. Eine kurze Anmerkung: Der Bezug zur Technik, zum Internet und zur Informatik, ohne die das alles nicht funktioniert, und wie möglicherweise durch Hacker und Algorithmen Einfluss genommen wird oder überhaupt genommen werden kann, muss ebenso betrachtet werden.

Jeanette Hofmann

## Digitalisierung, Öffentlichkeit, Demokratie – drei Thesen

### **These 1: Die Demokratie ist eine mediatisierte Herrschaftsform.**

Dass die Demokratie eine mediatisierte Herrschaftsform ist, klingt nach einer trivialen Beobachtung, wenn man bedenkt, dass alle menschliche Wahrnehmung, Kommunikation und Handlung medial vermittelt ist. Sei es durch den menschlichen Körper und seine Sinne, sei es durch gesellschaftliche Institutionen und Technologien, die gesellschaftliches Handeln vielfach erst möglich machen, Medien vollbringen, was Sybille Krämer (1998: 559) als „Distanzleistungen“ bezeichnet hat. In diesem Sinne verweist die erste These nicht auf einen bestimmten Typ der Demokratie, etwa auf die digitale Demokratie, von der inzwischen öfter die Rede ist, sondern sie akzentuiert eine spezifische Beobachtungsperspektive, nämlich auf die Rolle, die Medien für die Realisierung von Demokratie spielen. Die repräsentative Demokratie, so der Gedanke, der der ersten These zugrunde liegt, ist ohne einen spezifischen Typ von Verbreitungsmedien gar nicht vorstellbar: Es muss Verbreitungsmedien wie die Schrift und den Buchdruck geben, um politische Verständigung über größere regionale Distanzen zu realisieren. Eine solche medienorientierte Perspektive auf die Demokratie ist zumindest in der Politikwissenschaft bislang unterentwickelt. Es gibt keine systematische Forschung über den Zusammenhang von Medien und demokratischer Selbstbestimmung.

Dem amerikanischen Politikwissenschaftler Benedict Anderson (1983) verdanken wir die Einsicht, dass die Entstehung nationaler Gemeinschaften, „imagined communities“ in seiner Terminologie, und somit auch des Nationalstaats das Aufkommen des „Printkapitalismus“ zur Voraussetzung hat. Verbreitungsmedien wie die Tageszeitung ermöglichen erst, dass alle Bürger zur gleichen Zeit die gleichen politischen Nachrichten studieren – in dem Bewusstsein, dass viele andere Menschen dies auch tun. Gleichzeitigkeit und Vernetzung, so Anderson, bilden wichtige Elemente in der Herausbildung nationaler Gemeinschaften. Aber auch in einem ganz materiellen Sinne ist eine öffentliche Sphäre über größere räumliche Distanzen auf Kommunika-

tionsmedien angewiesen. Ohne eine öffentliche Sphäre kann es wiederum keine zeitnahe Verbreitung politischer Nachrichten, keinen politischen Diskurs und folglich auch keinen nationalen Demos geben. Repräsentative Demokratie und Kommunikationsmedien können daher als sich wechselseitig konstituierende Einheit verstanden werden: Massenmedien schaffen die Voraussetzung für die territorialstaatliche Demokratie; umgekehrt prägt das moderne Demokratieverständnis mit seinen Anforderungen an Inklusivität und Transparenz politischer Prozesse die Formate und Publikationsrhythmen der Kommunikationsmedien.

Es gibt jedoch noch einen zweiten, auf die Eigenschaften von Medien selbst verweisenden Grund, warum der Zusammenhang zwischen Medien und Demokratie nicht trivial ist. Medien ermöglichen nicht nur bestimmte Kommunikations- oder Koordinationsformen, sondern sie schließen ebenso viele andere, zumindest prinzipiell mögliche Varianten aus. Medien sind mit anderen Worten performativ; sie übertragen Kommunikationsinhalte nicht bloß, sondern sie wirken auf die Art und Weise der Kommunikation und ihre Inhalte unmittelbar ein: „The medium ist the message“ (McLuhan 1964).

In der Medienwissenschaft wie auch der Systemtheorie beruft man sich auf die Unterscheidung zwischen Medium und Form, um die Selektivität von Medien zu erfassen. Medien wie die Sprache schaffen Möglichkeitsräume, aus denen spezifische Formen wie Wörter, Sätze, aber auch die Schrift hervorgehen. In der Systemtheorie spricht man in diesem Kontext von losen und festen Kopplungen (Luhmann 1998). Andere Kopplungen wären jeweils möglich gewesen, aber diese sind uns für gewöhnlich nicht präsent, denn die Form steht immer im Vordergrund, während das Medium als Möglichkeitsraum unsichtbar und in seinen Grenzen unbestimmbar bleibt. Ein bekanntes Beispiel für dieses Verhältnis aus Medium und Form ist Bertolt Brechts sogenannte Radiotheorie, die in den frühen Tagen des Internets wieder an Popularität gewann. Seine Theorie lief auf eine Neukonfiguration des Rundfunks hinaus, die den „Distributionsapparat“ in einen „Kommunikationsapparat“ des öffentlichen Lebens transformiert – realisiert als ein „ungeheures Kanalsystem“, das den vereinzelt Zuhörer zu einem Sprechenden macht, der sich mit anderen Sprechenden darüber in Beziehung setzen kann (Brecht 1967: 129). Brechts Theorie erkundete das Medium Rundfunk und kritisiert seine restriktive Form, die One-to-many-Kommunikation. Medien sind also performativ in dem Sinne, dass sie Neues wie nationale Öffentlichkeiten und „Zuschauerdemokratien“ schaffen, aber vermittelt durch ihre Formen zugleich

ausschließend wirken, indem sie andere mögliche Kommunikations- und Beteiligungsformen unwahrscheinlich machen.

## **These 2: Digitalisierung, Öffentlichkeit und Demokratie entwickeln sich koevolutionär – Interdependenz statt Kausalbeziehung.**

Spätestens seit dem britischen Brexit-Referendum und der Wahl von Trump bei den letzten US-Wahlen ist die Beziehung zwischen Demokratie und Digitalisierung erneut auf die politische Tagesordnung gerückt. Im Unterschied zu den 2000er Jahren, als das Internet als Ressource für die Demokratie wahrgenommen wurde (Stichwort Arabischer Frühling), stehen derzeit die Bedrohungen digitaler Technologien für die Demokratie im Vordergrund. Das Erstarren populistischer Parteien und Bewegungen, aber auch neue Formen der Wähleransprache und Manipulation wie Micro-Targeting oder Social Bots werden als Belege dafür angeführt, dass die Digitalisierung mittlerweile zur Gefahr für die Demokratie geworden ist. Demokratie und Digitalisierung werden hierbei als zwei voneinander unabhängige Entitäten wahrgenommen und in eine kausale Beziehung zueinander gesetzt. Demnach stellt die digitale Technik eine unabhängige Kraft dar, die auf das demokratische Gemeinwesen und seine Institutionen einwirkt und diese stärkt, schwächt oder gar unterläuft. Diese Sichtweise schreibt der Digitalisierung nicht nur ein bemerkenswertes Maß Autonomie zu, sie verkennt auch die enorme Kontingenz oder Entwicklungsoffenheit, die dieser innewohnt.

Benedict Anderson hat die Formierung nationaler Gemeinschaften denn auch nicht der Ausbreitung der Drucktechnik zugeschrieben, sondern auf die Entstehung des „print capitalism“ verwiesen. Diesen kann man sich als Konstellation vorstellen, in der sich verschiedene gesellschaftliche, technische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen gebündelt haben. Dazu gehört die Drucktechnik, aber ebenso die Säkularisierung, die ein Interesse an neuen Typen von Druckerzeugnissen wie Literatur und Zeitungen weckt, das Verlegerkapital, das die Gründung von Zeitschriften ermöglicht, und nicht zuletzt die Alphabetisierung und Herausbildung von überregionalen Sprachgemeinschaften, die unabdingbar für die Entwicklung nennenswerter Absatzmärkte für Druckerzeugnisse waren.

Bezogen auf die Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und Digitalisierung ist Andersons Printkapitalismus relevant, weil er der Drucktechnik zwar

eine essentielle, aber keine exklusive Rolle zuschreibt. Ohne die anhaltende Säkularisierung etwa hätte sich die Drucktechnik sicherlich in einer anderen Form ausdifferenziert. Diese Feststellung lässt sich dahingehend verallgemeinern, dass Technologien ihr spezifisches Funktionsspektrum bzw. ihre Form jeweils als Bestandteil größerer gesellschaftlicher Zusammenhänge ausprägen, also die Signatur der gesellschaftlichen und politischen Umstände tragen, in denen sie zur Geltung kommen. Ihre Entwicklung ist deshalb nicht beliebig, so gibt es natürlich erhebliche Unterschiede zwischen analogen und digitalen Kommunikationsmedien; aber aus diesen materiellen Unterschieden allein lassen sich die Entwicklungspfade und Nutzungsweisen des Internets nicht erklären.

Wie im Falle der Drucktechnik ist auch in Bezug auf das Internet nach der Gesellschaftsformation zu fragen, die aus dem Möglichkeitsraum, den die digitale Technik aufspannt, bestimmten technischen Formen den Weg ebnet. Die Durchsetzung des Internets und seiner Dienste, die uns heute so selbstverständlich erscheinen, war und ist jedenfalls bis heute kein Selbstläufer. David Clark (2016), einer der Architekten des Internets, hat dessen Geschichte als eine Abfolge von „forks in the road“ beschrieben; Weggabelungen also, die andere Entwicklungspfade digitaler Netze möglich und zeitweilig sogar wahrscheinlich gemacht haben. Rückblickend betrachtet erweist sich die Durchsetzung des Internets als eine eher unwahrscheinliche Entwicklung. Bis in die 1990er Jahre konkurrierte es gegen eine alternative Netzarchitektur, die sich, weil sie von den nationalen Postbehörden über die Internationale Fernmeldeunion (ITU) initiiert worden war, auf die politische Unterstützung der staatlichen Administrationen stützen konnte. Dass sich das Internet, das zunächst kaum mehr als eine experimentelle Entwicklungsumgebung darstellte, gegen diese Konkurrenz durchsetzen konnte, kann nicht auf technische Überlegenheit zurückgeführt werden, sondern verdankt sich einer gesellschaftlichen Konstellation, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Liberalisierungstendenzen vereinte.

Eine große Rolle spielte die in den OECD-Ländern vorangetriebene Privatisierung der Telekommunikation in den 1990er Jahren. Die Realisierung eines territorialen, zentral verwalteten Datennetzes mit eigens darauf ausgerichteten Kommunikationsdiensten konnte nun nicht länger hoheitlich verordnet werden, sondern sah sich mit einem Gegenentwurf konfrontiert, der auf nicht-proprietäre Standards sowie eine dezentral und grenzüberschreitend angelegte Netzarchitektur setzte. Innovationen wie das WorldWideWeb, das

dem Internet schließlich international zum Durchbruch verhalf, wären in dem staatlich geplanten Datennetz technisch ausgeschlossen gewesen. Die weitere Entwicklung der digitalen Anwendungen und ihrer Nutzung reflektierte dann in zunehmendem Maße auch die kulturelle und politische Liberalisierung, die im Nachgang der 1960er Jahre zum Mainstream avancierte. Das Fehlen einer hierarchischen Kontrolle und effektiven Veto-Instanz hat zu einer Vielzahl innovativer Anwendungen geführt, die dem Anspruch auf Individualisierung, wirtschaftlicher und politischer Freiheit zumindest in der westlichen Welt einen willkommenen Resonanzboden bietet.

Einer Formulierung von Andreas Reckwitz (2008) folgend, könnte man sagen, dass sich das Internet zu einem „Übungsfeld für neue Subjektformen“ entwickelt hat. Im Umfeld der sozialen Netzwerke etwa experimentierten die jungen Generationen heute mit den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Freiheiten, die ihre Eltern und Großeltern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erkämpft haben und treiben auf diese Weise den digitalen Wandel weiter voran. Das Internet, so meine These, ist ein Kind der Spätmoderne. Seine Entwicklung reflektiert das Zusammentreffen kultureller, wirtschaftlicher und politischer Liberalisierungsprozesse, die sich gewissermaßen in die Technik einschreiben. Entsprechend sollte der Strukturwandel, den wir gegenwärtig beobachten, nicht als primär technikgetrieben verstanden werden, sondern als Ausdruck einer gesellschaftlichen Orientierung, die wirtschaftliche und kulturelle Freiheit prämiert und deren Beschränkung durch kollektive Normen unter erhöhten Rechtfertigungsdruck stellt.

### **These 3: Die Digitalisierung bewirkt eine Steigerung von Kontingenz, die die Entscheidbarkeit und Fragilität demokratischer Institutionen sichtbar macht.**

Ein Effekt des digitalen Strukturwandels ist, dass er uns Merkmale der mediatisierten Demokratie vor Augen führt, die wir, solange sie intakt waren, als selbstverständlich wahrgenommen haben. Durch den Rückspiegel können wir Stabilitätsmechanismen der Demokratie identifizieren, die sich – den politischen Apparat und die Massenmedien ermöglichend und zugleich begrenzend – miteinander verbunden haben. Die Systemtheorie würde hier von festen Kopplungen sprechen, die den Massenmedien ihre spezielle Form verleihen.



Bis zur Jahrtausendwende hatten die Massenmedien in westlichen Demokratien eine nahezu unangefochtene Monopolstellung in der öffentlichen Sphäre inne. Sie entschieden über die Relevanz und Irrelevanz von Akteuren, Ideen und Programmen und prägten damit die medial erfahrbare politische Wirklichkeit. Das Zusammenspiel von Politik und Medien wurde zusätzlich durch eine kapitalintensive Medientechnologie befestigt, die das Publizieren von Nachrichten und Weltdeutungen auf wenige Organisationen und Autorinnen und Autoren beschränkte. Medienbetriebe besaßen oder kontrollierten zumindest ihre Ausspielkanäle. Diese Kontrolle erleichterte die Durchsetzung journalistischer Normen und zementierte die strikte Trennung zwischen wenigen professionellen Produzenten und einem großen konsumierenden Publikum. Sie begrenzte auch, mit Bourdieu (1996) gesprochen, den öffentlichen Raum des Sag- und Denkbaren.

Man kann nun einwenden, dass die mächtige Rolle der Medien als Gatekeeper vielfach kritisiert worden ist, nicht zuletzt aufgrund der intellektuellen und gesellschaftlichen Nähe zwischen politischen und journalistischen Eliten. Und doch erschließt sich erst im Rückblick, wie stark die Kopplung von analogen Medientechnologien, Konventionen der Berichterstattung und Kontrolle der Kommunikationskanäle unser Verständnis von demokratischer Öffentlichkeit und politischer Partizipation geprägt hat. Dazu gehört vor allem auch die von der deliberativen Demokratietheorie entwickelte Vorstellung eines nationalen öffentlichen Raums als geteilter politischer Bezugsrahmen, an dem alle Bürger zumindest als Rezipienten teilhaben (Habermas 1992).

Die Digitalisierung zerstört diese enge Verbindung zwischen Politik und Medien nicht, aber sie eröffnet neue Kommunikationsmöglichkeiten und schafft damit ein Übungsfeld für Akteure und Ausdrucksformen, die im öffentlichen Diskurs bislang nicht repräsentiert waren. Die sozialen Netzwerke haben die Menschen faktisch mit einem Lautsprecher ausgestattet und der Unterscheidung zwischen Informationsproduzenten und -empfängern ihre materielle Grundlage entzogen. Im Prinzip können nun alle Menschen öffentlich kommunizieren. Soziale Netzwerke wie YouTube und Facebook haben ihr Geschäftsmodell ursprünglich speziell auf diese nutzergenerierten Inhalte ausgerichtet. Eine neue Generation von Sprecherinnen und Sprechern sowie Politikerinnen und Politikern hat die öffentliche Bühne betreten, die sich nicht länger an die alten Regeln der öffentlichen Rede gebunden fühlen. In der Folge hat sich der Raum des Sagbaren erheblich erweitert.

Die digitalen Publikationsplattformen haben dem Bürgerrecht auf Meinungsfreiheit gewissermaßen Flügel verliehen. Zu den ersten politischen Kräften, die das erkannten und für sich effektiv zu nutzen wussten, gehörte nicht zufällig die neue Rechte, die von den Massenmedien weitgehend marginalisiert worden war. Sie eignet sich das Internet als Propagandamaschine an und experimentiert mit politischen Interventionsformen, die Aufmerksamkeit – die neue knappe Ressource – binden. Gleichzeitig erodiert der alte informelle Konsens über die Grenzen dessen, was öffentlich gesagt und getan werden darf. Die neue Haltelinie rückt näher an das Strafrecht heran, das mit dem jüngst geschaffenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz für diese Aufgabe gerüstet werden soll.

Unterdessen entwickeln sich die digitalen Plattformen zu den neuen Gatekeepern des öffentlichen Raums. In dem Maße, in dem sie sich als Infrastruktur für den politischen Diskurs etablieren, ändern sich auch die entsprechenden Selektionskriterien und -mechanismen. Journalistisch ermittelte politische Relevanz konkurriert nun mit allem, was Klicks erzeugt und der algorithmischen Prüfung noch tolerabel erscheint. Als neue Intermediäre empfehlen sich die Plattformen für die Gesellschaft, für Parteien und Abgeordnete wie auch die politische Berichterstattung. Selbst aktive Wahlkampfunterstützung bieten Facebook, Google und Co. an – mit Werbeeinnahmen für Wahlkampfanzeigen als Gegenleistung. So umfassend und subtil ist die Durchdringung der sozialen Netzwerke mittlerweile, dass den alten Massenmedien derzeit wenig anderes übrigbleibt, als sich ihren Regeln und Aufmerksamkeitslogiken zu beugen.

Die Plattformisierung der Öffentlichkeit zeigt exemplarisch, dass sich die mediatisierte Demokratie im Umbruch befindet. Die eingespielten Beziehungen zwischen Massenmedien und politischem Betrieb verlieren ihre Selbstverständlichkeit; und das digitale Medium hat einen neuen Möglichkeitsraum geschaffen, dessen Tiefe wir zwar nicht vermessen, aber doch praktisch erproben können. Diese Entwicklung beschränkt sich keineswegs auf die öffentliche Sphäre, sondern berührt auch andere Dimensionen der repräsentativen Demokratie. Aus Sicht der digitalen Avantgarde US-amerikanischer Provenienz ist die repräsentative Demokratie längst obsolet. Demokratie, so stellt Jamie Bartlett (2018) nüchtern fest, ist eine „general purpose“ technology [...] that somehow stopped evolving“. In dichter Folge lassen sich Experimente beobachten, die bestehende Strukturen und Verfahren der repräsentativen Demokratie zur Disposition stellen. Dazu gehören neue Beteili-

gungsmechanismen, Willensbildungs- und Transparenztechniken, die am Dogma der elektoralen Demokratie rütteln. NGOs wie Liquid Democracy oder die Entwickler der App „Democracy“ („Wahl war gestern. Demokratie ist immer“) arbeiten darauf hin, die Arbeitsteilung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zwischen politischen Entscheidern und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch das Zeitregime der Demokratie neu zu justieren. Auch politische Parteien experimentieren angesichts ihrer schwindenden Mitgliederbasis mit neuen Organisationsformen, die sie stärker in die Nähe von Bewegungen und Schwärmen rücken (Chadwick & Stromer-Galley 2016; Dormal 2018). Selbst wenn die Demonstration technischer Machbarkeit in einigen Fällen überzeugender sein mag, als die politische Sinnhaftigkeit, ist diesen Initiativen doch gemeinsam, dass sie das Verhältnis von neuen medialen Möglichkeiten und den Ausschlusseffekten, den unrealisiert gebliebenen Optionen tradierter politischer Institutionen, problematisieren. Die Entscheidbarkeit und Gestaltbarkeit demokratischer Strukturen und Verfahren rückt darüber wieder ins Bewusstsein; und dies eben nicht allein als Folge des technischen Wandels, sondern all der Herausforderungen, die sich das demokratische System selbst geschaffen hat.

## Literatur

- Brecht, B. (1992): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. In: Ders.: Gesammelte Werke in 20 Bänden. Band 18, Frankfurt am Main, S. 127–134.
- Bourdieu, P. (1996): *The rules of art: Genesis and structure of the literary field*. Stanford, CA.
- Chadwick, A./Stromer-Galley, J. (2016): Digital Media, Power, and Democracy in Parties and Election Campaigns: Party Decline or Party Renewal? In: *The International Journal of Press/Politics* 21 (3), S. 283–293. (URL: <https://doi.org/10.1177/1940161216646731>)
- Clarke, D. D. (2016): The Contingent Internet. In: *Daedalus* 145 (1), S. 9–17.
- Dormal, M. (2018): Der Formwandel der Demokratie und die rechtspopulistische Regression. In: Bizeul, Y./Lutz-Auras, L./Rohgalf, J. (Hg.): *Offene oder geschlossene Kollektivität*. Wiesbaden.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt.
- Krämer, S. (1998): Form als Vollzug oder: Was gewinnen wir mit Niklas Luhmanns Unterscheidung von Medium und Form? In: *Rechtshistorisches Journal* 17, S. 558–573.
- Reckwitz, A. (2008): *Medientransformation und Subjekttransformation*. In: *Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kultursoziologie*. Bielefeld.

Ulrike Klinger

## Wahlkämpfe und Algorithmen

In Wahlen und Wahlkämpfen ist Kommunikation zentral: Es geht darum, zu überzeugen, zu begeistern, zu mobilisieren oder demobilisieren, Botschaften unter die Leute zu bringen, Handeln kommunikativ zu erzeugen.

Die Mediatisierungsforschung in der Kommunikationswissenschaft hat über die Jahre gezeigt, dass sich Parteien und Politiker dabei immer mehr an der Logik der Medien als an der Logik der Politik orientieren, dass PR-Techniken in Wahlkämpfe Einzug gehalten haben und wir uns mittlerweile – je nach Deutung – im 4. oder 5. Zeitalter des Campaignings befinden. Auch wenn immer noch Babys geküsst werden und Politiker an Haustüren klopfen, finden Wahlkämpfe zunehmend in kommunikativen Umwelten statt, die algorithmisch geprägt sind. Ich will Ihnen zunächst an drei Beispielen veranschaulichen, was das bedeutet, näher beleuchten, was Algorithmen sind und wieso sie Wahlen und Wahlkämpfe massiv verändern.

Kampagnenmanager und Wahlstrategen haben den Job, Botschaften unter die Leute zu bringen. Das tun sie nun zunehmend in einem Umfeld, in dem Kräfte am Werk sind, die man nicht sehen kann, die sich aber direkt auf die politische Kommunikation auswirken.

**Beispiel 1:** Im Mai 2018 fand in Irland ein Referendum zur Legalisierung von Abtreibungen statt. Ein kontroverses Thema, eine polarisierte Öffentlichkeit. Kurz vor der Abstimmung intervenierten Facebook und YouTube (Google): Man konnte keine Videos zum Referendumsthema mehr hochladen bzw. keine Inhalte von außerhalb Irlands posten. Was war geschehen: Aktivisten und Organisationen im Ausland hatten mobilisiert und massiv Geld in eine Kampagne zur Beeinflussung des Referendums investiert. Das Ergebnis: Irland wurde geflutet mit Dark Ads und Anti-Abtreibungsvideos. Ohne Recherchen von zivilgesellschaftlichen Akteuren und danach den öffentlichen Interventionen von Facebook und YouTube wüssten wir nicht einmal, dass das passiert ist (Lavin & Adorjani 2018). Aber können und sollten demokratische

Gemeinwesen sich darauf verlassen, zumal die Unternehmen gerade mit diesen Werbeanzeigen viel Geld verdienen?

**Beispiel 2:** Egal, welche Wahlen man sich in den letzten Jahren angeschaut hat, überall waren semi- oder vollständig automatisierte Social-Media-Accounts mit am Werk: in der Brexit-Kampagne, der Macron-Leaks-Kampagne kurz vor den französischen Wahlen, 2016 in den USA. Wir haben dazu eine Studie zum Bundestagswahlkampf 2017 durchgeführt und zehn Prozent Bots gefunden, darunter allerdings kaum aktive und politische Bots. Social Bots – einfache Software – geben sich als Menschen aus und senden Tausende Nachrichten, verteilen Likes und lassen Themen oder Akteure in sozialen Netzwerken populärer scheinen, als sie tatsächlich sind. Die Identifizierung von Bots ist kompliziert und keine exakte Wissenschaft, aber die existierenden Studien legen nahe, dass zwischen 5 und 15 Prozent der Meinungsäußerungen auf Twitter von solchen automatisierten Accounts stammen könnten.

**Beispiel 3:** Wahlkämpfe finden nicht nur auf Facebook und Twitter statt, sondern auch auf Tinder oder WhatsApp. Besonders in Schwellen- und Entwicklungsländern wird WhatsApp immer wichtiger – und bietet eine hervorragende Infrastruktur für die Verbreitung von Desinformation, Gerüchten, Fake News. WhatsApp ist verschlüsselt – keiner kann von außen sehen, was in den Tausenden untereinander vernetzten Gruppen verbreitet wird. Diese Art von Mobilisierung kann auch zu Gewalt führen: In Indien sind 2018 Dutzende Menschen von Mobs erschlagen worden, die über WhatsApp gegen vermeintliche Kinderschänder mobilisiert wurden (Goel et al. 2018).

Öffentlichkeit wird heute maßgeblich von digitalen Technologien beeinflusst, etwa von Algorithmen – sei es in Suchmaschinen oder bei der Kuratierung von Inhalten in sozialen Netzwerken. Algorithmen schreiben Zeitungstexte, entscheiden, welche Inhalte wir sehen – und welche nicht. In diesem Sinne wirken Technologien als Institutionen: Sie strukturieren öffentliche Kommunikation. Was wir lesen, was wir sehen, wer unsere Inhalte sehen kann – Algorithmen ermöglichen und verhindern Kommunikation.

Sie sind mehrstufige Problemlösungstechnologien, die aus zwei Komponenten bestehen: einer Logik-Komponente, die das Wissen, die Daten für die Problemlösung bestimmt, sowie einer Kontroll-Komponente, einer Berechnungsgrundlage, die bestimmt, wie die Daten genutzt werden, um das Problem zu lösen (Kowalski 1979, Kitchin 2017). Algorithmen bestehen also aus

einem Code, der bestimmt, wie Berechnungen ausgeführt werden und welche Daten dafür genutzt werden. In der Sozialwissenschaft nutzen wir den Begriff Algorithmus eher als Metapher für automatisierte Entscheidungsprozesse, die in drei Schritten ablaufen: Es gibt Input, der in einer mehr oder weniger schwarzen Box durch mehrstufige Berechnungen verarbeitet wird und Ergebnisse, Resultate als Output produziert. Es gibt nicht DEN Google- oder Facebook-Algorithmus – das sind Millionen Zeilen Code, die ständig überarbeitet und verändert werden. In der Forschung besteht nahezu Konsens darüber, dass Algorithmen nicht neutral sind und sein können – in sie fließen Normen, Werte, Ideologien, Geschäftsmodelle ein, und auch die Daten, mit denen sie arbeiten, bilden jede Form von Bias ab, die wir in der analogen Welt vorfinden: Auch Algorithmen diskriminieren, sind rassistisch, homophob, misogyn. Die Black Box selbst ist für die Öffentlichkeit, Gesellschaft, Sozialwissenschaft unzugänglich – man kann aber über Reverse Engineering teilweise rekonstruieren, was darin passiert – so z. B. beim Projekt „Datenspende“ von Algorithm Watch und den Landesmedienanstalten, das der Frage personalisierter Google-Suchergebnisse nachging.

Während Algorithmen die Mechanismen und Dynamiken öffentlicher Meinungsbildung entscheidend mitprägen, verstehen die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht oder nur teilweise, wie sie funktionieren. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, kritisierte kürzlich, Wissenschaftler gebrauchten „ständig Begrifflichkeiten, von denen sie sich nicht vorstellen können, dass sie für andere eben nicht Alltag sind“, als Beispiel führt sie den Begriff Algorithmus an (Wiarda 2018). Genau da liegt das eigentliche Problem: Während Algorithmen die öffentliche Meinungsbildung und zahlreiche andere alltägliche Aspekte unserer Lebenswelt prägen, gilt es immer noch als Expertenwissen, wie sie funktionieren. Das bestätigen empirische Studien: Eine repräsentative Befragung der Bertelsmann Stiftung im Frühjahr 2018 zeigte, dass nur etwa zehn Prozent der Deutschen glauben „recht genau“ zu wissen, wie Algorithmen funktionieren (Fischer & Petersen 2018: 14). Da Befragungen auf Selbsteinschätzungen beruhen, darf man annehmen, dass der tatsächliche Anteil algorithmenkompetenter Bürgerinnen und Bürger im einstelligen Bereich liegt. Eine Studie des PEW Research Centers (Smith 2018) ergab ein ähnliches Bild – etwa die Hälfte der US-amerikanischen Facebook-Nutzer weiß nicht, wie ihr News-Feed entsteht. Diese Nutzer

glauben, dass Facebook ihnen unkuratiert alles anzeigt, was die Facebook-Freunde jeweils posten.

Algorithmen ermöglichen es nun, sehr große Datenmengen für Wahlkämpfe nutzbar zu machen. Datenmengen, die Bürgerinnen und Bürger in sozialen Netzwerken selbst erzeugen. Wir sind bekanntlich nicht die Kunden, auch nicht das Produkt von sozialen Netzwerken, wir sind das Rohmaterial. Unsere soziale Realität und sozialen Beziehungen sind die Ressourcen, aus denen gratis Daten geschöpft und kommodifiziert werden. Eine Konsequenz daraus: Parteien stehen nicht mehr nur auf dem Marktplatz und suchen dort öffentlich Unterstützung für ihre Anliegen, mit Botschaften, die sich an alle oder identifizierbare Zielgruppen richten (Arbeiter, Familien, Unternehmer), sondern sie flüstern über Micro-Targeting jedem einzelnen Wähler genau die Botschaften ins Ohr, die er oder sie hören möchte und mobilisieren durch personalisierte Ansprache. Das Problem dabei: Wir können nicht mehr beobachten, wer mit welchen Botschaften wirbt, ob sich die Botschaften widersprechen, ob diese Botschaften überhaupt legal sind. Es ist im Moment unmöglich, Wahlwerbung in sozialen Netzwerken, vor allem sogenannte Dark Ads, wissenschaftlich zu untersuchen. Dark Ads werden granularen Nutzergruppen angezeigt, niemand sonst sieht sie. Und sie kosten kaum Geld. Facebook wirbt auch mit diesen Angeboten um die Kampagnen-Etats der Parteien. Zur Europawahl 2019 hat Facebook mittlerweile zugesagt, ein öffentlich zugängliches Werbearchiv, wie es in den USA bereits existiert, verfügbar zu machen.

Algorithmisch geprägte Kommunikationsumwelten ermöglichen vernetztes Handeln („connective action“) und Lance Bennett et al. (2018) haben kürzlich auch auf die Bedeutung peripherer Netzwerke für politische Mobilisierung hingewiesen. Man kann das z. B. an den derzeitigen Diskussionen und Desinformationskampagnen zum UN-Migrationspakt nachvollziehen. Algorithmen in sozialen Netzwerken tendieren dazu, Aktivität und Popularität zu belohnen. Das befördert konzertierte Propagandaaktionen – die aber eben nicht einfach sichtbar oder untersuchbar sind. Seit der Schließung der APIs – der Programmierschnittstellen – nach dem Cambridge-Analytica-Skandal haben Wissenschaftler derzeit kaum Zugang zu Daten, schauen allenfalls durch ein Schlüsselloch. Wir brauchen aber Wissenschafts-APIs, Kooperationen mit Facebook und anderen Plattformen. Demokratische Gesellschaften müssen in der Lage sein, öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse beobachten

zu können – ganz besonders, wenn Desinformation, Propaganda, Manipulationen Teil von Wahlkampagnen sind.

## Literatur

- Bennett, W. L./Seegerberg, A./Yang, Y. (2018): The strength of peripheral networks: negotiating attention and meaning in complex media ecologies. In: *Journal of Communication* 68 (4), S. 659–684.
- Fischer, S./Petersen, T. (2018): Was Deutschland über Algorithmen weiß und denkt. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Gütersloh. (URL: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/was-deutschland-ueber-algorithmen-weiss-und-denkt>)
- Goel, V./Raj, S./Ravichandran, P. (2018): How WhatsApp Leads Mobs to Murder in India. In: *New York Times*, 18. Juli 2018. (URL: <https://www.nytimes.com/interactive/2018/07/18/technology/whatsapp-india-killings.html>)
- Kitchin, R. (2017): Thinking critically about and researching algorithms. In: *Information, Communication & Society* 20 (1), S. 14–29.
- Kowalski, R. (1979): Algorithm = logic + control. In: *Communications of the ACM* 22 (7), S. 425–436.
- Lavin, R./Adorjani, R. (2018): How Ireland Beat Dark Ads. Shady tactics failed to pay off in a divisive abortion referendum. In: *Foreign Policy*, June 1, 2018. (URL: <https://foreignpolicy.com/2018/06/01/abortion-referendum-how-ireland-resisted-bad-behaviour-online>)
- Smith, A. (2016): Many facebook users don't understand how the site's news feed works. Pew Research Center. (URL: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2018/09/05/many-facebook-users-dont-understand-how-the-sites-news-feed-works>)
- Wiarda, J.-M. (2018): Mich ärgert, dass ein Tag schnell rum ist. In: *Spektrum der Wissenschaft*, 11. Juni. (URL: <https://www.spektrum.de/news/mich-aergert-dass-ein-tag-schnell-rum-ist/1569848>)



## Die Autorinnen und Autoren

**HERZOG**, Lisa: Politische Philosophie und Ökonomie; Inhaberin der Professur für Politische Philosophie und Theorie an der Technischen Universität München, Fellow am Wissenschaftskolleg in Berlin

**HOFMANN**, Jeanette: Politikwissenschaft; Professorin, Forschungsgruppenleiterin und Direktorin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft

**KLINGER**, Ulrike: Kommunikationswissenschaft; Juniorprofessorin für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit dem Schwerpunkt Digitale Kommunikation unter Berücksichtigung von Genderaspekten am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin und Leiterin der Forschergruppe „Nachrichten, Kampagnen und die Rationalität öffentlicher Diskurse“ am Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft in Berlin

**MERKEL**, Wolfgang: Politikwissenschaft; Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Professor für Politische Wissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin

**PFETSCH**, Barbara: Kommunikationswissenschaft; Managing Director und Principal Investigator am „Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das deutsche Internet-Institut“ in Berlin

**ZÖRN**, Michael: Politikwissenschaft; Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin, Professor an der Freien Universität Berlin und Sprecher des Exzellenzclusters „Constitutions of the Liberal Script“





